

(Beginn: 10.03 Uhr)

Eröffnung und Begrüßung

Vorsitzender Prof. Dr. Jürgen Wilhelm: Guten Morgen, meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich heiße Sie alle zur heutigen Sitzung der Landschaftsversammlung Rheinland willkommen.

Ganz besonders herzlich begrüße ich vom Landschaftsverband Westfalen-Lippe

- den Ersten Landesrat und Kämmerer, unseren Kollegen und Freund Herrn Matthias Löb.

(Allgemeiner Beifall)

G e b u r t s t a g e

Bevor wir zur Tagesordnung übergehen, möchte ich ganz herzlich

- Herrn Heinz Bender,
- Herrn Prof. Dieter Patt und
- Herrn Klaus Diekmann

nachträglich alle guten Wünsche zum Geburtstag aussprechen.

(Allgemeiner Beifall)

Und wenn es ein bisschen außerhalb der Regel ist, tue ich das deshalb – und man darf es ja veraten, glaube ich –, weil sie alle in den letzten Tagen und Wochen ihren 70. Geburtstag gefeiert haben. Aber man sieht es ihnen ja bekanntlich nicht an. Herzlichen Glückwunsch!

(Heiterkeit und allgemeiner Beifall)

Weitere Glückwünsche sind auszusprechen, und ich tue das ausdrücklich sehr gern. Ich freue mich, Ihnen mitteilen zu dürfen, dass

- Frau Jutta Eckenbach,
- Frau Sylvia Pantel sowie
- Herr Dirk Heidenblut

zu Mitgliedern des Deutschen Bundestages gewählt wurden. Wir wünschen Frau Eckenbach, Frau Pantel und Herrn Heidenblut viel Erfolg für ihre parlamentarische Arbeit insbesondere zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger des Rhein-

landes, aber im Bundestag sicher nicht nur des Rheinlandes.

(Allgemeiner Beifall)

Jetzt muss ich mal gucken. – Ja, die Dame fehlt. Dann in Abwesenheit – aber ich bitte, das herzlich weiterzuleiten – gratuliere ich sehr herzlich an dieser Stelle Frau Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, die zur stellvertretenden Bundesvorsitzenden der FDP in der vergangenen Woche gewählt wurde.

(Allgemeiner Beifall)

Sie kämpft vermutlich heute Morgen schon in Düsseldorf.

(Zuruf: Berlin!)

– Ach, Berlin! Dort ist die FDP doch gar nicht mehr.

(Heiterkeit bei Bündnis 90/DIE GRÜNEN – Lars O. Effertz [FDP]: Ja, eben drum!)

– Zwischenruf des Fraktionsvorsitzenden: Eben drum! – Oh, wir haben hier Wortprotokoll. Das wird schrecklich nachzulesen sein.

Ordnungsgemäße Einberufung

Meine Damen und Herren, zu dieser 14. Sitzung der 13. Landschaftsversammlung Rheinland wurde frist- und ordnungsgemäß mit Schreiben vom 4. Dezember 2013 eingeladen.

Die Sitzung wurde im Ministerialblatt für das Land Nordrhein-Westfalen Nr. 31 vom 11.12.2013 öffentlich bekannt gemacht.

Entschuldigungen

Die entschuldigten Personen sind der Verwaltung bekannt; die Namen werden dem Protokoll beigefügt.

B e i s i t z e r

Als Beisitzer darf ich heute Morgen zu mir nach vorne bitten:

- Herrn Lorenz Bahr

und

- Herr Thor-Geir Zimmermann

Es wäre nett, wenn die jungen Herren mich ein wenig unterstützen würden.

Tagesordnungspunkt 1:

Anerkennung der Tagesordnung

Meine Damen und Herren, Ihnen liegt eine aktualisierte Tagesordnung vor.

Neu unter Tagesordnungspunkt 3 – Umbesetzung in den Ausschüssen – sind der

- Antrag Nr. 13/303 der SPD-Fraktion

sowie der

- Antrag Nr. 13/306 der Fraktion Die Linke.

und der

- Antrag 13/308 der FDP-Fraktion.

Aus systematischen Gründen und nach dringendem Vorschlag der Verwaltung bitte ich Sie, damit einverstanden zu sein, den Tagesordnungspunkt 10 vor dem Tagesordnungspunkt 9 zu behandeln, also 9 und 10 in der Beratung umzudrehen. Die höhere Weisheit, die darin liegt, wird uns Frau Hötte sicherlich vortragen.

Ich darf Sie fragen, meine Damen und Herren, ob Sie mit der Ihnen jetzt noch einmal kurz veränderten aktualisierten Tagesordnung einverstanden sind. – Es gibt keine Gegenstimme; dann haben wir sie so akzeptiert.

Tagesordnungspunkt 2:

Verpflichtung neuer Mitglieder

Meine Damen und Herren,

- Herr Jens Petring, Grüne, ist zum 1. Oktober 2013 aus der Landschaftsversammlung ausgeschieden. Für ihn ist Frau Christine Müller-Hechfellner als Nachfolgerin nachgerückt.
- Herr Dirk Heidenblut, MdB, ist zum 1. November 2013 aus der Landschaftsversammlung ausgeschieden. Für ihn ist Herr Raimund Glitza als Nachfolger nachgerückt.

- Frau Sylvia Pantel, MdB, ist zum 14. November 2013 aus der Landschaftsversammlung ausgeschieden. Für sie ist Frau Annelies Böcker als Nachfolgerin nachgerückt.

- Herr Roland Busche, Die Linke., ist zum 30. November 2013 aus der Landschaftsversammlung ausgeschieden. Für ihn ist Herr Jürgen Zierus als Nachfolger nachgerückt.

Ich darf alle Aufgerufenen und hoffentlich auch anwesenden Damen und Herren bitten, sich kurz aufzustellen. Kann sich Frau Christine Müller-Hechfellner freundlicherweise kurz erheben?

(Christine Müller-Hechfellner, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, erhebt sich)

- Das ist sie, jawohl.

Dann Herr Raimund Glitza! – Herr Kollege Glitza.

Frau Annelies Böcker! – Und Herr Jürgen Zierus!
– Ah, dort hinten.

Meine Damen und Herren, ich darf Sie alle auf gesetzmäßige und gewissenhafte Wahrnehmung Ihrer Aufgaben verpflichten und hoffe und wünsche eine gute und angenehme Zusammenarbeit. Herzlich willkommen in der Landschaftsversammlung.

(Allgemeiner Beifall)

Tagesordnungspunkt 3:

Umbesetzung in den Ausschüssen

- Antrag Nr. 13/261 Fraktion Freie Wähler/Deine Freunde
- Antrag Nr. 13/303 SPD-Fraktion
- Antrag Nr. 13/304 Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- Antrag Nr. 13/305 CDU-Fraktion
- Antrag Nr. 13/306 Fraktion Die Linke.
- Antrag Nr. 13/308 FDP-Fraktion

Gibt es hierzu Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall.

Wer den Anträgen nicht zustimmen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. Das ist nicht der Fall. Dann haben wir **einstimmig** so **beschlossen**.

Tagesordnungspunkt 4:

Satzung über die Zuweisung von Mitteln der Ausgleichsabgabe an die örtlichen Fürsorgestellen im Rheinland für das Jahr 2014 (Ausgleichsabgabebesatzung 2014)

– Vorlage Nr. 13/3235 –

Der Landschaftsausschuss hat in seiner Sitzung am 6. Dezember 2013 die Vorlage beraten und einstimmig empfohlen, entsprechend der Vorlage 13/3235 zu beschließen.

Gibt es Wortmeldungswünsche? – Das ist nicht der Fall.

Möchte jemand dagegen stimmen? – Auch nicht. Sich enthalten? – Auch nicht. Dann ist **einstimmig** so **beschlossen**.

Tagesordnungspunkt 5:

Schlussbericht des Rechnungsprüfungsausschusses

– Vorlage 13/3339 –

Meine Damen und Herren, Ihnen liegt mit dieser Vorlage der Schlussbericht des Rechnungsprüfungsausschusses vom 29. November 2013 über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes sowie über den Jahresbericht der Rechnungsprüfung des Landschaftsverbandes Rheinland für das Haushaltsjahr 2012 vor.

Der Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses, Herr Kaske, hat hierüber im Landschaftsausschuss am 6. Dezember 2013 berichtet. Herr Kaske, wünschen Sie, diesen Bericht hier noch einmal zu erstellen?

(Axel Kaske [SPD] verneint)

Herr Kaske hält dies nicht für erforderlich; dies wird auch aus der Mitte der Landschaftsversammlung nicht gewünscht.

Dann darf ich fragen, ob es zu diesem Schlussbericht Wortmeldungen gibt. Das ist nicht der Fall.

Der Landschaftsausschuss hat die Vorlage beraten und zur Kenntnis genommen. Wenn wir keine Wortmeldungen haben, ist sie **einstimmig** so **beschlossen**.

Tagesordnungspunkt 6:

Feststellung des Jahresabschlusses 2012 von LVR-InfoKom und Beschluss über den Ausgleich des Jahresfehlbetrages sowie über die Entlastung des Betriebsausschusses

– Vorlage Nr. 13/3184 –

Der Landschaftsausschuss hat in seiner Sitzung am 18. Oktober 2013 die Vorlage beraten und einstimmig empfohlen, entsprechend der Vorlage zu beschließen.

Gibt es Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.

Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist auch nicht der Fall. Dann haben wir **einstimmig** so **beschlossen**.

Tagesordnungspunkt 7:

Feststellung des Jahresabschlusses 2012 der LVR-Jugendhilfe Rheinland und Beschluss über die Gewinnverwendung sowie über die Entlastung des Betriebsausschusses

– Vorlage Nr. 13/3069 –

Der Landschaftsausschuss hat in seiner Sitzung am 18. Oktober 2013 die Vorlage beraten und einstimmig empfohlen, entsprechend der Vorlage zu beschließen.

Gibt es hierzu Wortmeldungen? – Möchte jemand dagegen stimmen? – Sich enthalten? – Das ist nicht der Fall. Dann haben wir **einstimmig** so **beschlossen**.

Tagesordnungspunkt 8:

Feststellung des Jahresabschlusses für das Haushaltsjahr 2012 des Landschaftsverbandes Rheinland, Beschluss über die Behandlung des Jahresfehlbetrages und Entlastung der LVR-Direktorin

– Vorlage Nr. 13/3279 –

Der Landschaftsausschuss hat in seiner Sitzung am 06.12.2013 beraten und einstimmig empfohlen, entsprechend der Vorlage 13/3279 zu beschließen.

Gibt es hierzu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Möchte jemand dagegen stimmen? Sich enthalten? – Das ist auch nicht der Fall. Dann haben wir Sie einstimmig **entlastet**, Frau Lubek.

(Allgemeiner Beifall)

Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zu Punkt 9, der der alte Punkt 10 ist:

Benehmensherstellung zur Festsetzung der Bedarfsumlage gemäß § 10 a Einheitslastenabrechnungsgesetz (ELAG)

– Vorlage 13/3340 –

Ihnen liegt mit dieser Vorlage die Benehmensherstellung zur Festsetzung der Bedarfsumlage – –

(Allgemeine Zurufe: Genau umgekehrt!
– Corinna Beck, Bündnis 90/DIE GRÜNEN: 13/3326 kommt zuerst!)

– Richtig. Ich wollte auch den Umdreher vortragen und lese Punkt 10 vor, aber die Verwaltung hat mir das schon korrekt beigefügt. Deshalb habe ich zwar den richtigen Tagesordnungspunkt, aber die falsche Überschrift gelesen. Ich bitte um Entschuldigung.

Punkt 9 ist nämlich die

Einheitslastenabrechnung 2009 bis 2011; Erhebung einer Bedarfsumlage nach dem Einheitslastenabrechnungsgesetz (ELAG)

– Vorlage Nr. 13/3326 –

Zur Erläuterung dessen, damit wir ein wenig verstehen, worum es geht, hat Frau Hötte um das

Wort gebeten – und ich gebe es ihr gerne.

Renate Hötte, Erste Landesrätin und Kämmerin: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine verehrten Herren und Damen! Ich möchte kurz das Wort zur Vorlage „Erhebung einer Bedarfsumlage“ nehmen.

Den Kämmerer des LWL, Herrn Löb, möchte ich an dieser Stelle herzlich begrüßen. Herr Löb, Sie haben die Bedarfsumlage schon in Ihre Landschaftsversammlung im November eingebracht. Sie haben also schon Ihre Landschaftsversammlung darüber aufgeklärt, welchen besonderen Tatbestand wir haben.

Was hat es mit dieser Einbringungsvorlage zur Erhebung einer Bedarfsumlage auf sich? Es ist ein bislang einzigartiger Vorgang, den wir hier erleben. Vermutlich wird er auch einzigartig bleiben, weil es sich in der Tat um einen Sondervorgang handelt, für dessen einmalige Regelung es explizit eine Gesetzesänderung gegeben hat. Das habe ich in der Form noch nicht erlebt.

Hintergrund der Sachlage ist, dass die Kommunen gegen die Abrechnung der Einheitslasten für die Deutsche Einheit durch das Land NRW mit den Kommunen geklagt haben. Der Vorwurf war, dass das Land NRW die Abrechnungen zu seinen Gunsten vorgenommen habe. Die Kommunen waren im Jahr 2012 vor Gericht erfolgreich. Infolgedessen musste das Land mit den kommunalen Spitzenverbänden eine Neuregelung der Einheitslastenabrechnung mit den Kommunen verhandeln.

Im Jahr 2011 hatte das Land erstmals Abrechnungsbescheide zur Abrechnung des Jahres 2009 übersandt. Auch der LVR hatte einen solchen erhalten, dem zu entnehmen war, dass 4,7 Millionen Euro an das Land zu zahlen wären. Die Zahlung wurde dem LVR wegen des anhängigen Klageverfahrens gestundet.

Nachdem das Land vor Gericht unterlegen war, hat es keine Abrechnungsbescheide mehr gegeben, weil keine Rechtsgrundlage zur Abrechnung mehr existierte.

Im Jahr 2011 hat der LVR erstmals im Jahresabschluss eine Rückstellung in Höhe von 4,7 Millionen Euro vorgenommen. Auch, wenn die Zahlungswirksamkeit des Bescheides vom Land ausgesetzt worden war, war klar, dass es zu ei-

nem späteren Zeitpunkt zu einer Abrechnung kommen würde. Insoweit war Vorsorge zu betreiben.

Der LVR ist im Jahre 2012 ebenso verfahren. Es war bekannt, dass das Land mittlerweile vor Gericht unterlegen war, und es war eine Neuregelung hinsichtlich der Abrechnungsmodalitäten zu erstellen. Dass es zu einer Abrechnung kommen würde und dass die Umlageverbände Nachschusspflichten haben würden, war bekannt. Nicht bekannt waren nur der Zeitpunkt und die genaue Höhe der Abrechnung.

Die Rückstellungen, die der LVR in den Jahren 2011 und 2012 gebildet hatte, insgesamt 9,4 Millionen Euro, sind komplett über Eigenkapital finanziert worden. Aufgrund der Fehlbeträge im Jahresabschluss musste in beiden Jahren der Haushalt fiktiv über die Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage ausgeglichen werden. Das heißt, die Mitglieds Körperschaften sind und werden auch in dieser Höhe nicht mit Aufwendungen für die Abrechnung von Einheitslasten des LVR mit dem Land NRW belastet. Es ist wichtig, das an dieser Stelle noch einmal hervorzuheben.

Im Jahr 2013 haben wir für die Abrechnung der Einheitslasten einen Ansatz in Höhe von 4,7 Millionen Euro im Haushalt vorgesehen und diese Aufwendungen damit der Umlagewirksamkeit zugeführt.

Da der Haushalt 2013 nach den bisherigen Prognosen aber ebenfalls defizitär abschließen wird, und zwar höher als geplant, wird dem Grunde nach letztlich auch dieser Ansatz für die Abrechnung der Einheitslasten wieder über Eigenkapital abgedeckt werden müssen, was auch bedeutet, dass die kommunale Familie auch für diesen Anteil nicht belastet wird. Damit sind insgesamt 14,1 Millionen Euro über Eigenmittel des LVR gedeckt.

Das Land NRW und die Kommunalen Spitzenverbände haben sich im Sommer 2013 auf einen Abrechnungsmodus zur Einheitslastenabrechnung verständigt und diese Einigung auch öffentlich gemacht. Der Veröffentlichung war zu entnehmen, dass die Kommunen in einer Größenordnung von 275 Millionen Euro für die Abrechnung der Jahre 2009 bis 2011 entlastet werden sollen. Auf die Abrechnung der Jahre vor 2009 hat das Land NRW verzichtet.

Dass es weiterhin Nachschusspflichten der Umlageverbände geben würde, davon waren alle ausgegangen, allerdings nicht von der Höhe der sich dann tatsächlich abzeichnenden Nachschusspflichten.

Erst nach der Einigung der Kommunalen Spitzenverbände mit dem Land NRW kamen erste Modellrechnungen für die Abrechnung der Jahre ab 2009 auf den Markt. Wir waren schon sehr erstaunt, als wir darin lesen mussten, dass der am meisten belastete Zahler der LVR sein würde.

Statt der von uns angenommenen und mit Vorsorge unterlegten Summe von 14,1 Millionen Euro beträgt die Zahllast für die Jahre 2009 bis 2011 des LVR nun 32,5 Millionen Euro, also mehr als das Doppelte! Und die Jahresbeträge für 2012 liegen mit dann mit über 11 Millionen Euro und für 2013 mit über 14 Millionen Euro auch deutlich höher als bislang angenommen.

Die Umlageverbände, Kreise und Landschaftsverbände also müssen allein für die Vorperioden mehr als 130 Millionen Euro zahlen. Die Kommunen werden mit der Abrechnung für diesen Zeitraum nicht mit insgesamt 275 Millionen Euro, wie vorgesehen, sondern mit 400 Millionen Euro entlastet. Und hier liegt die Krux. Damit die Entlastung bei den Kommunen verbleibt, die in dem Kompromiss eigentlich vorgesehen war, müssen die Umlageverbände ihre Zahllast, zumindest den nicht durch Vorsorge gedeckten Teil, umlagewirksam abbilden können.

Der Landkreistag NRW und die Landschaftsverbände haben das Land NRW frühzeitig auf das Problem aufmerksam gemacht. Ebenso sind der Städtetag und der Städte- und Gemeindebund für das Thema sensibilisiert worden. Diese haben dann sogar unmittelbar ihre Mitglieder per Rundbrief dafür sensibilisiert, dass sie davon ausgehen müssten, dass die zufließenden Erstattungen durch Umlageerhebungen der Kreise und Landschaftsverbände nicht in voller Höhe in ihren Haushalten verbleiben würden.

Dies ist auch sachgerecht, weil die Gelder, die die Umlageverbände vom Land in Vorjahren erhalten haben, umlagesenkend eingesetzt worden sind. Da ein Teil der Gelder nun wieder an das Land zurückzuzahlen ist, muss sich dieser Prozess auch umlagewirksam abbilden lassen.

Die Frage war nur: Wie kann man es technisch abwickeln, das gewünschte Ergebnis zu erreichen? Das Problem zeigte sich dergestalt, dass es sich bei den Abrechnungen um Aufwand für Vorjahre handelt und dass es nach NKF keine Möglichkeit gibt, Vorjahresaufwendungen umlagewirksam abbilden zu können.

Die Landschaftsverbände haben dem Land vorgeschlagen, die Abrechnungen insgesamt, also sowohl die Erstattungen als auch die Nachzahlungen, erst im Jahr 2014 vorzunehmen und den Umlageverbänden die Möglichkeit einzuräumen, den Aufwand der Vorperioden in die Haushalte 2014 umlagewirksam aufzunehmen. Das wäre ein sehr unbürokratischer und einfach zu vollziehender Prozess gewesen.

Das Land hat aber entschieden, die Abrechnungen noch im Jahr 2013 vornehmen zu wollen und hat explizit dafür einen Nachtragshaushalt aufgestellt. Damit schied die von den Landschaftsverbänden vorgeschlagene unbürokratische Lösung aus. Das Land hat das Problem der Umlageverbände aber durchaus erkannt, und es ist die Entscheidung gefällt worden, über eine gesetzliche Regelung den Umlageverbänden einmalig die Möglichkeit einzuräumen, im Jahr 2013 oder 2014 über die Erhebung einer Bedarfsumlage den nicht durch Vorsorge gedeckten Aufwand aus den Nachschusspflichten für die Jahre 2009 bis 2011 umlagewirksam darstellen zu können.

Dazu ist ein Gesetz zur Änderung des Einheitslasten-Abrechnungsgesetzes eingebracht worden, das am 28. November 2013 verabschiedet worden ist. Der LVR erwartet noch im Dezember den Abrechnungsbescheid des Landes.

Die Abrechnung der Einheitslasten mit dem Land für die Jahre 2009 bis 2011 kann im Jahre 2013 nur unter Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage erfolgen, die damit voraussichtlich aufgezehrt sein wird. Damit kann sie für Schwankungen in der Haushaltsbewirtschaftung nicht weiter herangezogen werden. Das ist nicht unproblematisch; denn wenn es künftig unterjährig zu ungeplanten Mehraufwendungen kommt, kann die Notwendigkeit des Erlasses eines Nachtragshaushaltes gegeben sein, weil keine Schwankungsrücklage mehr zur Verfügung steht.

Um die Ausgleichsrücklage wenigstens zu einem kleinen Teil wieder auffüllen zu können, möchte

der LVR von der Möglichkeit Gebrauch machen, durch den neuen § 10 a Einheitslastenabrechnungsgesetz den nicht durch Rückstellungen bzw. Vorsorge gedeckten Aufwand aus der Rückforderung des Landes in Höhe von 18,4 Millionen Euro durch die Erhebung einer Bedarfsumlage gegenüber den Umlagepflichtigen geltend zu machen.

Dazu hat der LVR das vorgeschriebene Verfahren zur Herstellung des Benehmens mit den Mitgliedskörperschaften im Oktober eingeleitet. Den Mitgliedskörperschaften ist mitgeteilt worden, dass zur Erhebung der 18,4 Millionen Euro ein Umlagesatz in Höhe von 0,1266 Prozentpunkten erforderlich ist.

Einige Mitgliedskörperschaften haben im Rahmen der Benehmensherstellung Einwendungen erhoben. Mit der Vorlage 13/3340 werden Ihnen diese heute zur Kenntnis gegeben.

Bei der Verabschiedung der Bedarfsumlage im ersten Halbjahr 2014 muss dann noch eine inhaltliche Würdigung der Einwendungen erfolgen. Dazu werden Sie eine entsprechende Vorlage erhalten.

Mit der Vorlage 13/3326 zur heutigen Sitzung gilt die Bedarfsumlage damit als eingebracht. Die entsprechende Satzung ist der Vorlage beigelegt. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Allgemeiner Beifall)

Vorsitzender Prof. Dr. Jürgen Wilhelm: Vielen Dank, Frau Hötte. Wir verzichten auf Wiederholung durch einzelne Mitglieder der Landschaftsversammlung. Ich hätte schon mal Spaß gehabt, das abzufragen.

(Heiterkeit bei Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Wer der Vorlage 13/3326, das heißt der Verweisung des Entwurfs der Satzung zur Erhebung der Bedarfsumlage zum Ausgleich des Einheitslastenabrechnungsgesetzes zur Beratung an den Finanz- und Wirtschaftsausschuss sowie an den Landschaftsausschuss, zustimmt, den darf ich um das Handzeichen bitten. – Gibt es Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Enthaltungen?

(Enthaltung von Hanns-
Jürgen Spieß, SPD)

Bei einer Enthaltung ist im Übrigen **einstimmig**
so **beschlossen**.

Punkt 10 neu:

**Benehmensherstellung zur Festset-
zung der Bedarfsumlage gemäß § 10 a
Einheitslastenabrechnungsgesetz
(ELAG)**

– Vorlage 13/3340 –

Wir haben das eben von Frau Hötte gehört.

Gibt es hierzu Wortmeldungen? Das ist nicht der
Fall.

Ihnen liegt mit dieser Vorlage die
Benehmensherstellung zur Festsetzung der Be-
darfsumlage vor. Wir haben die
Benehmensherstellung zur Kenntnis zu nehmen
und im nächsten Jahr erst darüber zu befinden.

Möchte jemand nicht davon Kenntnis nehmen? –
Das geht auch schlecht. Dann haben wir das
behandelt.

Haushalt 2014

ist der

Tagesordnungspunkt 11.

Zur Beratung dieses Tagesordnungspunktes schla-
ge ich folgendes Verfahren vor – im Grunde wie
jedes Jahr –: Statements der Fraktionen zum
Haushalt als Erstes, danach Abstimmung über
Anträge, gegebenenfalls Einzelanträge, falls ge-
wünscht. Dazu habe ich Ihnen aber dann einen
Vorschlag des Landschaftsausschusses vorzu-
tragen. Danach Abstimmung über die Einwen-
dung der Mitgliedskörperschaften. Als vierten
Unterpunkt Abstimmung über die Haushaltssat-
zung mit Haushaltsplan, Stellenplan und sonsti-
gen Anlagen. Und schließlich unter 11.4 ff. Ab-
stimmung über die Wirtschaftsplanentwürfe.

Sind Sie mit dieser Vorgehensweise einverstan-
den? – Das scheint so der Fall zu sein.

Zum Haushalt 2014 spricht von den Fraktionen,
wie ich das mitgeteilt bekommen habe, zunächst

für die CDU der Kollege Einmahl. Sie haben bitte
das Wort.

Rolf Einmahl (CDU): Sehr geehrter Herr Vorsit-
zender! Meine Damen und Herren! „Politik ist die
Kunst des Möglichen“.

Dieser Satz wird Otto von Bismarck zugeschrie-
ben, der im Parlament erklärt hat, Politik sei kei-
ne Wissenschaft, und es sei daher auch nicht
möglich, mit wissenschaftlichen Maßstäben Poli-
tik zu betreiben.

Die Kunst in der Politik besteht darin, das Mög-
liche vom Unmöglichen zu unterscheiden und
dies rechtzeitig zu erkennen, bevor man sich auf
den Weg der Unmöglichkeit begibt.

Beispiele für ein Versagen wegen falscher Ein-
schätzung der Möglichkeiten hat es in letzter Zeit
zahlreich gegeben. Ein Berlusconi in Italien, der
die Grenzen seiner Möglichkeiten falsch einge-
schätzt hat, ist gescheitert. Er hat erkennbar aus
Eigennutz seine politische Macht missbrauchen
wollen und den Versuch unternommen, die am-
tierende Regierung zu stürzen, weil sie nicht be-
reit war, zum persönlichen Vorteil von Berlusconi
Gesetze zu brechen.

Ein weiteres Beispiel für eine völlige Fehlein-
schätzung der Grenzen des Möglichen lieferten
die Republikaner in den Vereinigten Staaten. Mit
der Verweigerung der Zustimmung zum Haushalt
und der Anhebung der Schuldenobergrenze hoff-
te man, die Regierung Obama schwächen zu
können. Am Ende dieses Machtkampfes hatten
die Republikaner sich selbst geschwächt. Nach
allen Umfragen würden sie eine Niederlage er-
leiden, wenn jetzt Wahlen in den USA stattfinden
würden.

Auf den Landschaftsverband Rheinland übertra-
gen heißt dies, wir haben die Pflicht, alles, was
möglich ist, zu tun, weil wir es den Menschen
schulden, die wegen ihrer persönlichen Lebens-
umstände auf unsere Hilfe angewiesen sind.
Dies ist Kernaufgabe des Landschaftsverbandes;
hier hat er seine besondere Kompetenz und hier
besteht seine Verpflichtung, vorhandene Fähig-
keiten und Ressourcen in diesem Sinne einzu-
setzen.

Wer hier in Köln beim LVR politische Verantwor-
tung trägt, ist verpflichtet, diese Aufgabenerfü-

lung zu prüfen und zu kontrollieren und dabei auch Gewohnheiten und eingefahrene Verwaltungspraxis infrage zu stellen, wenn dies geboten ist.

So hat die Landschaftsversammlung in einer beachtlichen Kraftanstrengung am 10.12.2010 beschlossen, ein umfangreiches Sanierungsprogramm für alle Kliniken aufzulegen und hierfür einen Betrag in Höhe von 492 Millionen Euro zur Verfügung zu stellen.

Dies geschah, nachdem sich die Erkenntnis durchgesetzt hatte, dass der bauliche Zustand der Kliniken in vielen Bereichen unzumutbar ist und im Interesse der kranken Menschen, deren Wohlergehen dem Landschaftsverband anvertraut ist, dringend Änderungen erforderlich waren.

Mit Augenmaß und einer transparenten Priorisierung wurde das Problem kompetent angepackt, und über alle Fraktionen hinweg wurden ohne Streit zwischen Mehrheit und Opposition die notwendigen Beschlüsse gefasst.

Ein vergleichbares Verfahren ist nach Auffassung der CDU-Fraktion dringend erforderlich für den Bestand der Schulgebäude, die sich im Eigentum des Landschaftsverbandes befinden.

(Zustimmung bei der CDU)

Zwar ist die finanzielle Größenordnung, die hier notwendig ist, sicherlich nicht mit den Kliniken vergleichbar. Dennoch ist es erforderlich, auch hier ein Gesamtpaket zu schnüren, die Mängel umfassend zu analysieren und die erforderlichen Maßnahmen in einer begründeten Prioritätenliste zu erfassen. Wir haben für einige Gebäude beispielhaft den Zustand dokumentiert und halten es daher für dringend erforderlich, unverzüglich Maßnahmen zu ergreifen.

(Zustimmung bei der CDU)

Es ist ein Ausdruck von Respekt und Wertschätzung gegenüber den Kindern und Jugendlichen, die unsere Schulen besuchen, dass wir ihnen nicht weiter zumuten, in Gebäuden unterrichtet zu werden, deren Zustand außen und innen nicht mehr zu akzeptieren ist. Auch gegenüber den Eltern dieser Kinder ist es für den Landschaftsverband Rheinland wichtig zu zeigen, dass wir wissen, was wir den uns anvertrauten jungen Menschen schuldig sind, wenn es um Inklusion und um deren Lebenschancen geht. Niemand soll

uns vorwerfen können, wir würden unsere Kernaufgaben vernachlässigen.

Um Worten auch Taten folgen zu lassen, haben wir unseren Antrag zum Sonderbauprogramm für unsere Schulen eingebracht. Wenn Sie, meine Damen und Herren von der Ampelkoalition, Verantwortung übernehmen wollen, dann sollten Sie diesem Antrag zustimmen. Nach erfolgter Verweisung in die Fachausschüsse erwarten wir, dass Sie die Kernkompetenz des Landschaftsverbandes unterstützen und gemäß unserem Leitwort „Qualität für Menschen“ handeln.

(Zustimmung bei der CDU)

Das Gleiche gilt beispielsweise auch für unseren Antrag zur Einführung von Klick-Sonar. Mit diesem Antrag wollen wir den Kindern und Jugendlichen mit Sehbehinderung an den Schulen des LVR den Zugang zu der auf Echolot-Lokalisation beruhenden Technik im Rahmen der Frühförderung ermöglichen. Hier haben Sie, meine Damen und Herren von der Ampel, die Gelegenheit, unserem Antrag zuzustimmen und somit unsere Kinder und Jugendlichen mit der Klick-Sonar-Technik zu unterstützen.

(Beifall bei der CDU)

Politik als Kunst des Möglichen bedeutet für den Landschaftsverband aber auch zu erkennen, was er seinen Mitgliedskörperschaften zumuten kann und darf und wo die Grenzen zum Unzumutbaren überschritten werden.

Unzumutbar ist es, den Mitgliedskörperschaften Lasten aufzuerlegen, die diese nicht mehr tragen können. Wir können, nein, wir müssen auf all den Luxus verzichten, der für die meisten unserer Mitgliedskörperschaften längst einer weit zurückliegenden Vergangenheit angehört und deren Gegenwart und Zukunft geprägt ist von einem ständigen Verzicht auf Wünschenswertes und auch auf solche Angebote, die als unverzichtbar angesehen wurden.

Diese Kommunen werden gezwungen, die Grundsteuer zu verdreifachen und alle freiwilligen Leistungen aufzugeben.

Ein Beispiel dieser Art von rigoroser Haushaltsführung bietet die Stadt Niedeggen. Der dort vom Innenminister eingesetzte Sparkommissar hat den Rat der Stadt nach Hause geschickt und mit seiner Stimme ohne den Rat einen Haushalt in

Kraft gesetzt und die Bürgerinnen und Bürger massiv belastet. Diese Belastungen müssen die Bürgerinnen und Bürger von Niedeggen tragen, um die Kreisumlage und damit auch die Landschaftsverbandsumlage zahlen zu können.

Wir dürfen uns daher nicht wundern, wenn immer mehr Mitgliedskörperschaften die Kosten, die ihnen durch die Landschaftsverbandsumlage entstehen, äußerst skeptisch betrachten und sich immer mehr Mitgliedskörperschaften fragen, wie lange ihnen dies noch zugemutet wird.

Die Zahl der Einwendungen gegen den Haushalt 2014 war außerordentlich hoch und die Argumente schwerwiegend. In den letzten 10 Jahren der Haushaltsberatungen beim LVR ist die äußerst skeptische und kritische Haltung der Städte und Kreise so noch nie zum Ausdruck gekommen.

In der Anhörung zur Benennungsherstellung am 04.09.2013 hier im Hause verlangten die Hauptgemeindebeamten und Kämmerer, dass ein höheres Konsolidierungspotenzial erreicht werden muss. Gleichzeitig wurde in zahlreichen schriftlichen Stellungnahmen verlangt, den Konsolidierungskurs stringenter zu handhaben.

Selbst der Essener SPD-Oberbürgermeister scheute sich nicht, in seiner Stellungnahme – Zitat – „die Reduzierung der Standards bei verpflichteten Aufwendungen zur Handlungsmaxime der nächsten Jahre werden zu lassen, um die Mitgliedskörperschaften über die Umlage des Landschaftsverbandes Rheinland nicht zusätzlich zu belasten“.

Darüber hinaus haben fast alle Einwendungen unserer Städte und Kreise verlangt, von der Betriebsübernahme der Archäologischen Zone – immer mit Verweis auf die Freiwilligkeit dieser Maßnahme – Abstand zu nehmen.

(Beifall bei der CDU)

Sie, meine Damen und Herren von der Ampel, gehen mit der Ihnen eigenen Arroganz der Mehrheit darüber hinweg.

(Corinna Beck, Bündnis 90/DIE GRÜNEN: Mit kulturpolitischem Sachverstand!)

Kritische Distanz üben die Gebietskörperschaften, wenn sie zur Kenntnis nehmen, in welchem

Umfang beim Landschaftsverband repräsentative Veranstaltungen stattfinden und Hochglanzbroschüren gedruckt werden.

Wenn zahlreiche Dienstwagen des Landschaftsverbandes zu mehr oder weniger bedeutsamen Anlässen bei unseren kommunalen Mitgliedern auftauchen, wird dies natürlich besonders in den Kommunen mit Verärgerung zur Kenntnis genommen, bei denen das Wort „Dienstwagen“ schon seit Jahren ein Fremdwort ist.

Tugenden wie Augenmaß und Bescheidenheit müssen die Amtsführung des Landschaftsverbandes Rheinland prägen. Wenn wir solidarisch mit unseren überbelasteten Mitgliedskörperschaften sein wollen, dann muss dies in unserem Handeln glaubhaft zum Ausdruck kommen.

Die Mehrheit stiehlt sich aus der Verantwortung und stellt zum Haushalt nichtssagende Anträge, deren Qualität an Berthold Brecht erinnern lassen, der bei inhaltlosen Stücken zu sagen pflegte:

Wir stehen selbst enttäuscht und seh'n
betroffen/
Der Vorhang zu und alle Fragen offen.

(Zustimmung bei der CDU)

Enttäuschend ist aber insbesondere ein nicht erkennbarer Ansatz von grüner Politik nach der verlorenen Bundestagswahl. Aber die Probleme der Grünen hat ja schon treffend der Teilzeit-Herrgott Joschka Fischer beschrieben. Von der FDP hier beim LVR war nach der Katastrophe bei der Bundestagswahl sicherlich kein besonderer Beitrag zum Haushaltsentwurf 2014 zu erwarten.

Die FDP im LVR hält es mit Hermann Löns und dessen Spruch:

Alter Freund, sei unverdrossen,
denke daran, Du hast Genossen.

(Zuruf von der CDU: Sehr schön!
– Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Zu den qualitätsfreien Anträgen zählt insbesondere Ihr Antrag „Umweltfreundliche Baumaterialien“ zur diesjährigen Haushaltsberatung. Da fordern Sie allen Ernstes, dass die Verwaltung einzusetzende Baustoffe hinsichtlich ihrer Umweltfreundlichkeit prüfen lässt. Das kostet natürlich viel Geld.

In Ihrer Begründung gehen Sie detailliert auf Aluminiumfenster mit Holzkern ein und rechnen uns vor, wie viel Bauxit, Braunkohle und Strom verbraucht wird. Aus diesem Grunde fordern Sie ein neues Handbuch „Materialien“ ein. Was ist daran vernünftig?

(Corinna Beck, Bündnis 90/
DIE GRÜNEN: Alles!)

– Es gibt den Unterschied zwischen Wut und Trotz.

In der Bundesrepublik Deutschland ist die Prüfung und die Zulassung von Baustoffen einheitlich geregelt und der Bundesanstalt für Materialprüfung in Berlin und den Materialprüfungsanstalten insbesondere für die verschiedenen Baustoffe übertragen.

Sie sollten sich aus der Gesetzgebungskompetenz des Bundes heraushalten, zumal Ihre Befürchtungen wegen ein paar Kilo Aluminium, die beim LVR verbaut werden, völlig übertrieben sind.

(Zustimmung bei der CDU)

Die Ampelkoalition erweist sich erneut als Belastungsmehrheit, die keinerlei Anstrengungen unternimmt, den Haushalt zu konsolidieren. Kein einziger Antrag der Ampel kann dem Kapitel „konsolidieren und entlasten“ zugeordnet werden.

Kritisch muss in diesem Zusammenhang festgehalten werden, dass der Landschaftsverband seine Einnahmemöglichkeiten nicht ausschöpft, obwohl dies im Interesse der Gerechtigkeit geboten wäre.

Nach Feststellung des RPA erhalten Dritte Bescheide vom Landschaftsverband, weil sie nach der Rechtslage verpflichtet sind, für unterstützte Personen anteilig Kosten zu erstatten.

Diese Ansprüche sollten zeitnah durchgesetzt werden. Erhebt der Dritte jedoch Widerspruch gegen den Leistungsbescheid, so wird dieser Widerspruch jahrelang nicht bearbeitet, und die Geldbeträge werden nicht eingefordert. Ein Versäumnis, das Millionen kosten kann.

Natürlich ist es angenehmer, großzügig Geld zu verteilen, wie es der Ampel gefällt, als sich mit unangenehmen Aufgaben zu beschäftigen und diejenigen zur Kasse zu bitten, die dem Land-

schaftsverband Geld schulden. Hier handelt die Verunstaltungs-Mehrheit

(Widerspruch bei SPD,
GRÜNEN und FDP)

– ja, das müssen Sie schon so ertragen – lieber nach dem Motto „die Kunst der Politik besteht darin, heiße Eisen mit fremden Fingern anzufassen“.

(Zustimmung bei der CDU)

Zu den üppigsten Geldgeschenken der Ampelkoalition zählt die Übernahme der Archäologischen Zone in Köln. Zu 100 Prozent soll der Landschaftsverband diese Einrichtung in Zukunft tragen. Auf der nach unten offenen Skala der Verantwortungslosigkeit ist dies ein besonderer Tiefpunkt der Rücksichtslosigkeit

(Runkler, FDP: So zu
reden aber jetzt auch?)

gegenüber den gebeutelten Mitgliedskörperschaften.

(Zustimmung bei der CDU)

Wer auf Kosten Dritter großzügig Geschenke macht, um Politikereitelkeiten zu befriedigen, der darf sich nicht wundern, wenn zahlreiche Mitgliedskörperschaften in ihren Einwendungen dagegen heftig protestieren. Dies wird jetzt auch zum Gegenstand der Sitzung des Landtages von Nordrhein-Westfalen am 19. Dezember 2013.

Köln ist das wirtschaftlich weitaus stärkste Mitglied im LVR. Wenn Köln eine archäologische Zone für notwendig hält, dann kann Köln dies beschließen und betreiben, so wie Köln auch heute schon mehr als 50 Museen mit sicherlich unterschiedlicher Bedeutung betreibt. Wenn sich von außen andere als Retter aufdrängen, um sich als Wohltäter feiern zu lassen, dann ist es nicht akzeptabel, dass das Verbreiten von Wohltaten auf Kosten unserer Städte und Kreise geschieht.

(Zustimmung bei der CDU)

Diese sogenannten Wohltäter erinnern mich mehr an die Hähne, die glauben, die Sonne würde morgens nur deshalb aufgehen, weil sie so laut krähen.

(Frank Boss [CDU]: Sehr gut!
– Zustimmung bei der CDU)

Politik hat gelegentlich auch etwas mit Standhaftigkeit und Mut zu tun. Beides fehlt der Ampelkoalition, daher kann der Ampelhaushalt auch nicht die Zustimmung der CDU-Fraktion finden.

Schon Cicero hat gesagt: „Der Staatshaushalt muss ausgeglichen sein. Die öffentlichen Schulden müssen verringert werden.“ Wenn die Ampelkoalition schon damals die Mehrheit gehabt hätte, wäre der arme Cicero schon früher als 43 v. Chr. geköpft worden.

Der Haushalt 2014 verstößt erkennbar gegen den Grundsatz von Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit. Bereits der Haushalt 2013 wird mit einem Defizit enden, das den Haushaltsansatz weit übertrifft und ein zusätzliches Haushaltsloch von ca. 30 Millionen Euro entstehen lässt. Die Verpflichtung, rechtzeitig einen Nachtragshaushalt aufzustellen, ist versäumt worden, weil die Belastungsmehrheit die Diskussion im Bundestagswahlkampf fürchtete.

Die Risiken für das Haushaltsjahr 2014 sind in noch größerer Dimension erkennbar. Die Entgeltverhandlungen mit den Trägern der freien Wohlfahrtspflege werden nicht mit einer Null-Runde enden, zumal bei den freien Trägern die Ausgaben zu 80 Prozent aus Personalkosten bestehen. Schon eine Erhöhung der Entgelte um zwei Prozent bedeutet eine Mehrbelastung für den LVR in Höhe von ca. 50 Millionen Euro.

Kommt dann die Erhöhung der Personalkosten aufgrund der anstehenden Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst noch hinzu, so kann dies für den Landschaftsverband Rheinland sehr schnell zu einer Mehrbelastung von ca. 70 Millionen Euro führen. Die Kämmerin kann schon heute die nächste Haushaltssperre verfügen. Verantwortliche Haushaltspolitik, meine Damen und Herren, sieht anders aus!

Schon Perikles hat gesagt:

(Oh! und Zurufe bei der SPD)

– Ja, Sie können noch etwas lernen! Das ist eine einmalige Chance.

„Es kommt nicht darauf an, die Zukunft vorherzusagen, sondern auf die Zukunft vorbereitet zu sein“.

Die Ampel bereitet sich auf die Zukunft vor, indem sie den Kopf tief in den Sand steckt.

(Zustimmung bei der CDU)

Ich zitiere: „Viele Kommunen, so auch einige unserer Mitglieds Körperschaften, können ihre Pflichtaufgaben kaum noch erfüllen. Kommunale Selbstverwaltung findet dort faktisch gar nicht mehr statt. In nicht wenigen Fällen wird die Umlage an unseren Verband ebenfalls durch Liquiditätskredite finanziert. Wäre man als Privatperson in einer solchen Situation, wäre unstrittig, dass man insolvent wäre. Gebietskörperschaften werden formal durch Gesetz nicht insolvent – formal! –, faktisch sind die es schon“.

Diese Sätze stammen wörtlich aus der Bewirtschaftungsverfügung der Kämmerin vom 29.10.2010.

Die Situation hat sich nicht geändert. Die Belastungsmehrheit interessiert das nicht. Frau Hötte, Sie können sich zukünftig Begründungen für ihre Haushaltsverfügungen sparen. Die Ampel liest sie nicht oder versteht sie nicht.

(Zustimmung bei der CDU)

Die CDU-Fraktion versteht die Signale aus unseren Mitglieds Körperschaften.

(Lars O. Effertz, FDP: Falsch!)

Bei Ihnen, Frau Hötte, möchten wir uns für die geleistete Arbeit bei der Aufstellung des Haushalts 2014 bedanken.

(Beifall bei der CDU)

Bitte übermitteln Sie den Dank auch an Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Der Dank der CDU-Fraktion beim Landschaftsverband Rheinland gilt auch der gesamten Verwaltung für die im Jahre 2013 geleistete Arbeit, und wir wünschen Ihnen, Frau Lubek, und allen Bediensteten ein gesegnetes Weihnachtsfest und ein glückliches und friedliches Jahr 2014.

Ich bedanke mich bei dieser Gelegenheit ausdrücklich bei meiner Fraktion.

(Oh! bei SPD, Bündnis 90/
GRÜNEN und FDP)

Sie haben alle im Jahre 2013 gekämpft. Wir haben einen Bundestagswahlkampf erfolgreich ge-

führt. Dafür gebühren Ihnen ein großes Dankeschön und alles Gute für das Jahr 2014.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Vorsitzender Prof. Dr. Jürgen Wilhelm: Das Wort hat Herr Prof. Dr. Rolle für die SPD-Fraktion.

Prof. Dr. Jürgen Rolle (SPD): Sehr geehrter Herr Vorsitzender Prof. Wilhelm! Liebe Frau LVR-Direktorin Lubek! Herr Erster Landesrat Löh! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! In unserer Arbeitswelt hat der technische Fortschritt zunehmend zu einer Verdichtung und Beschleunigung der Arbeit geführt. Die Tätigkeiten werden immer differenzierter, und die verlangte Flexibilität steigt.

Handy, Smartphone, Notebook oder Tablet-PC „sichern“ unsere ständige Erreichbarkeit und den jederzeitigen Abruf von Informationen. Durch elektronische Kommunikation wird die Grenze zwischen Arbeit und Freizeit, immer stärker verwischt. Dies trifft natürlich auch auf den LVR zu, und das bedeutet, dass auch beim LVR das Thema „Work-Life-Balance“, eine Balance zwischen dem Arbeits- und Privatleben, an Bedeutung gewinnt.

Diese Balance, ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen Arbeit und Freizeit dient der Gesundheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und erhöht ihre Chancen für eine längere Berufstätigkeit.

Der LVR hat hier schon Beachtliches geleistet! Beispielhaft genannt seien hier die zahlreichen Teilzeitmodelle, flexible Arbeitszeiten sowie die Möglichkeiten im Bereich Heim- und Telearbeit.

Trotzdem denke ich, hier tut es uns gut, einmal innezuhalten und unser Verhalten zu prüfen. Wenn eine Firma wie VW, Europas größter Autobauer, seine Beschäftigten in „Ruhe lässt“, indem eine halbe Stunde nach Feierabend der E-Mail-Server abgeschaltet wird, E-Mails also nicht mehr weitergeleitet werden, wird das seinen Grund haben.

Entschleunigung ist also das Gebot der Stunde und nicht weitere Arbeitsverdichtung, wie im

Benehmensverfahren zum Haushalt von einem niederrheinischen Landrat gefordert wurde.

(Beifall bei der SPD)

Und ich bin sehr sicher, dass die Herren vom Scheidt und Berg uns hier sehr gute Konzepte für den LVR vorlegen werden; ein Thema, an dem wir dran bleiben müssen! Denn nur zufriedene Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer machen einen guten Job. Das ist sehr wichtig in diesen Tagen, haben doch die uns anvertrauten Menschen im Rheinland einen Anspruch darauf, dass das Motto „Qualität für Menschen“ nicht nur für die Menschen außerhalb des LVR, sondern auch für die Menschen innerhalb des LVR gelten muss!

(Beifall bei der SPD)

Wie man allerdings Entschleunigung gründlich missverstehen kann, zeigt das Verhalten der größten Fraktion im Hause während der Haushaltsberatungen:

(Heiterkeit und Beifall bei
Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Aus meiner Sicht ist es erbärmlich, wenn eine Fraktion dieses Verbandes, immerhin mit einem Haushaltsvolumen von weit über drei Milliarden Euro, eine Diskussion zu den anstehenden sozial- und kulturpolitischen, gesundheits- und schulpolitischen Fragen nicht in den Fachausschüssen diskutieren will und sich bei Abstimmungen durch Entschleunigung, das heißt „Nichtteilnahme“, schlichtweg verweigert.

Ja, kann es denn Ihr Ernst sein, liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU, dies allein den Finanzpolitikern zu überlassen? Wo bleibt die eigene Kompetenz? Die Fachlichkeit?

(Lebhafter Beifall bei SPD, Bündnis
90/DIE GRÜNEN und FDP)

Warum bringen Sie Ihre eigenen fachlichen Initiativen so spät ein, dass sie gar nicht mehr fachlich diskutiert werden können? Wir brauchen Sie als starke, fachlich meist kompetente Opposition, auch in den nächsten Jahren;

(Heiterkeit und Beifall bei SPD,
Bündnis 90/DIE GRÜNEN und FDP)

denn nur die faire Auseinandersetzung schärft und klärt unsere fachlichen Positionen.

(Zuruf von Frank Boss, CDU)

Ich hoffe da sehr auf Ihre Bereitschaft, dies wieder zu beschleunigen.

Dass es auch völlig anders gehen kann, zeigt unter anderem das sehr konstruktive Verhalten der CDU-Fachpolitiker im Zusammenhang mit der umstrittenen Einführung der sogenannten „Kindpauschale“; denn es war richtig, in den Achtzigern die Heilpädagogischen Einrichtungen zu schaffen, damit behinderte Kinder nicht mehr versteckt werden, sondern Teil des sozialen Bildungsraumes werden und wie andere Kinder eine Einrichtung bekommen.

Es war richtig, in den 90ern die integrative Gruppe als Nachfolgemodell der Heilpädagogischen Einrichtung zu installieren, damit der Prozess der Zusammenführung von behinderten und nicht behinderten Kindern vorankam.

Inklusiv aber heißt ganz klar: Jedes Kind kann in jede Einrichtung – und an der Stelle stehen wir heute. Diejenigen, die dem LVR vorhalten, er wolle die gute Therapie in unseren KiTas mit integrativen Gruppen kaputt und die Therapeuten arbeitslos machen, wollen nicht verstehen, warum es geht.

Richtig ist, wenn jedes Kind in jede Einrichtung gehen kann, wird kein Stück Therapie weniger gebraucht. Denn an der therapeutischen Versorgung wollen wir nichts, gar nichts ändern.

Richtig ist aber auch, dass die vorhandenen Therapeuten nicht mehr in jedem Fall Teil eines KiTa-Teams sind. Sie werden möglicherweise die gleiche Anzahl von Kindern in mehreren Einrichtungen behandeln müssen. Das sind ganz normale „inklusionsbedingte“ Veränderungsprozesse, und das müssen wir den Eltern, Kindern, Trägern, Jugendämtern und Therapeuten erläutern! Und das werden sie verstehen! Denn das wissen wir aus vielen Gesprächen am Rande der dazu durchgeführten Veranstaltungen.

Und ich bin sehr froh, dass wir den Beschluss zur Kindpauschale mit den Stimmen fast aller Fraktionen in der Landschaftsversammlung Rheinland gefasst haben und an diesem Ziel zum Wohle der Kinder gemeinsam gearbeitet haben. Vielen Dank an alle Beteiligten, insbesondere an Bernd Tondorf, Lorenz Bahr, Stephan Schnitzler und Sebastian Stachelhaus. Schade, dass sich

die Linke. aus dem Prozess – populistisch – ausgeklinkt hat.

(Zustimmung bei SPD, Bündnis
90/DIE GRÜNEN und FDP)

Ich weiß, dass noch vor kurzem das Landesjugendamt den Trägern untersagt hat, mit freien Praxen zusammenzuarbeiten, und darauf bestand, dass Therapeuten eingestellt werden. Ja, es wurde die Finanzierung der KiTa-Gruppe davon abhängig gemacht. Damit haben wir natürlich auch Verantwortung übernommen, insbesondere für die Therapeuten.

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, es kann doch nicht angehen, dass die therapeutischen Leistungen in Westfalen von den Krankenkassen übernommen werden und hier im Rheinland unser Verband alleine für die Finanzierung verantwortlich sein soll! Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, geht nicht!

Und ich sage hier noch mal: Ich werde mich als Vorsitzender des Landesjugendhilfeausschusses persönlich in diesen Prozess der Verhandlungen einbringen. Ich habe die Ministerpräsidentin gebeten, uns dabei zu helfen, diese Ungerechtigkeit zu beseitigen.

Ich bin sicher, dass am Ende auch im Rheinland ein Rahmenvertrag mit den Kassen abgeschlossen wird, der Trägern, Therapeuten und Eltern die Angst vor dieser Veränderung der Förderstruktur im Rheinland nimmt.

Und was das Thema „Angst nehmen“ anlangt, gilt mein besonderer Dank dem Mitglied des Landesjugendhilfeausschusses, Frau Schmidt-Promny, die sozusagen aus der aktuellen Situation heraus nach der Behandlung dieses Tagesordnungspunktes im Landschaftsausschuss mit über einhundert Gästen spontan eine Beratungssituation in einem Nebenraum schuf und vielen der Demonstranten durch aufklärende fachkompetente Beratung sehr geholfen hat. Herzlichen Dank!

(Beifall bei SPD, Bündnis
90/DIE GRÜNEN und FDP)

Dass dies auch durch die Verwaltung des Landesjugendamtes hätte geleistet werden können, steht auf einem ganz anderen Blatt.

Ich weiß sehr wohl, wie schwer es diesem Fachbereich gefallen ist und noch fällt, vom Modell der integrativen Gruppe nur ein bisschen loszulassen und sozusagen dieses „Alleinstellungsmerkmal“ integrativer Politik für das Rheinland Schritt für Schritt aufgeben zu müssen. Diesem Umstand sind sicherlich viele Ungereimtheiten der letzten Jahre zwischen Politik und Verwaltung in diesem Bereich geschuldet.

Andererseits konnten wir mit der Verwaltung dann doch gemeinsam einen sozusagen historischen Moment feiern: am 04.12.2013 in Münster. Historisch, weil es seit fast 30 Jahren unterschiedliche Förderbedingungen für die Betreuung von Kindern mit Behinderung im Rheinland und Westfalen gibt.

In der gemeinsamen Sitzung beider Landesjugendhilfeausschüsse an diesem Termin konnten die Förderbedingungen weitestgehend harmonisiert werden. Ein großer Erfolg, dem ein fast einjähriger Prozess der langsamen Annäherung beider Landesjugendämter, sozusagen der „Tanz der Panda-Bären“,

(Heiterkeit bei Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

vorausging und – nach fast 30 Jahren – im „Frieden von Münster“ mit großer Übereinstimmung endete.

Und ich denke, dass auch das rheinische Landesjugendamt mittlerweile festgestellt hat – und wird es hoffentlich weiter tun –, dass nicht alles, was aus Westfalen kommt, des „Übels“ ist, was zum Beispiel die Verwaltungsspitze dieses Hauses bestens unter Beweis stellt!

(Beifall bei SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Ein weiterer Punkt in diesem Zusammenhang: die Kindertagespflege! Immerhin handelt es sich bei der Kindertagespflege um eine gleichrangige Betreuung. Zwar erhalten Kindertagespflegepersonen für jedes Kind eine Pauschale, eine Differenzierung zwischen behinderten und nichtbehinderten Kindern gibt es hier aber nicht.

Vor Ort gibt es unterschiedliche Regelungen; einige Jugendämter zahlen extra, die meisten leider nicht. Wir werden uns überlegen müssen, wie wir damit umgehen. Wir sollten in Analogie

zur Kindpauschale eine Regelung treffen, die für einheitliche Verhältnisse im Rheinland sorgt!

Das Thema Therapeuten werden wir auch für den Schulbereich anpacken müssen. Und auch hier bin ich zuversichtlich! Denn wir wollen im Ergebnis das Gleiche wie im KiTa-Bereich: Jedes Kind soll an jeder Schule beschulbar sein.

In diesem Zusammenhang gratuliere ich Uli Wontorra zu dem geplanten Projekt der Kooperation von einer LVR-Schule mit einer Realschule in Köln-Müngersdorf. Aber das ist natürlich nur ein Anfang.

Und wenn wir uns die Berichterstattung rund um die Änderung des 9. Schulrechtsänderungsgesetzes anschauen, wird doch eines klar: Alle – Schulen, Träger, Eltern, Kommunale Spitzenverbände, Lehrer, die Kommunen – sind ratlos. Und da frage ich Sie: Wer könnte ein kompetenterer Berater für all diese Menschen sein, wenn nicht der jeweilige Landschaftsverband?

In diesem Sinne sollten wir uns anbieten, um diese wichtige Aufgabe im Land zu übernehmen. Wir sollten dem Zweck des überregionalen Verbandes entsprechend finanziellen und fachlichen Ausgleich schaffen und einheitliche Standards setzen.

Unserem neuen Fachbereichsleiter Peter Anders und seinen Mitarbeitern wünsche ich hierbei eine gute Hand und viel Erfolg.

(Beifall bei SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Aber auch wir Politiker sollten auf allen Ebenen versuchen, die hohe Qualität unseres Know-how an die Entscheidungsträger im Land, den kommunalen Spitzenverbänden und den Kommunen zu übermitteln. Dass wir dies können und die notwendigen Kompetenzen besitzen, beweist die eindrucksvolle Entwicklung des Sozialdezernates. Hier wurde in den zurückliegenden Jahren Erhebliches geleistet, um inklusive Lebensverhältnisse weiterzuentwickeln und Menschen mit und ohne Behinderung eine gleichberechtigte Teilhabe zu ermöglichen.

Mit dem von uns schon seit vielen Jahren eingeschlagenen Weg „ambulant vor stationär“ stehen wir bundesweit an der „Spitze der Bewegung“. Dies hat für die Betroffenen zu einer erheblichen Steigerung ihrer Lebensqualität geführt; für uns,

den LVR, das heißt die kommunale Familie, sind hiermit gleichzeitig erhebliche finanzielle Vorteile verbunden.

Gerade in diesem Bereich hat sich bestätigt, wie wichtig Prävention ist. Für die im Rheinland erfolgreich angestoßenen Entwicklungsprozesse war es wichtig, im Rahmen von Modellprojekten auch finanzielle Anreize für die Akteure zu schaffen. Und ich bin mir sicher, dass auch mit dem im Jahr 2012 auf den Weg gebrachten Anreizprogramm zur Konversion stationärer Wohnangebote weitere Entwicklungsschritte hin zu inklusiven Sozialräumen im Rheinland maßgeblich unterstützt werden.

Und, meine Damen und Herren von CDU und Freien Wählern: Wir halten an dieser Politik der Prävention fest, weil sie weitsichtig ist, weil sie im Interesse der Menschen ist und weil sie am Ende auch noch hilft, Geld der kommunalen Hand zu sparen.

(Beifall bei SPD, Bündnis
90/DIE GRÜNEN und FDP)

Und darüber hinaus wollen wir uns auch als Arbeitgeber aktiv in den Prozess einbringen. Wir sind gespannt, wie die Verwaltung unseren Antrag umsetzt und verstärkt einfach strukturierte Tätigkeiten als integrierte Werkstattarbeitsplätze anbieten wird. Das sind Gelegenheiten, bei denen ein Verband wie der LVR und seine Eigenbetriebe einfach mit gutem Beispiel vorangehen müssen – und das werden sie auch tun!

Sehr geehrte Damen und Herren, trotz aller bisher erreichten Zielsetzungen sind auch in diesem Aufgabenbereich noch viele Barrieren zu überwinden, bis wir tatsächlich von inklusiven Lebensverhältnissen sprechen können. Hierzu benötigen wir dringend die Reform der Eingliederungshilfe.

Neben den fachlichen Inhalten, wie beispielsweise die Zulassung anderer Anbieter neben den Werkstätten, ist die schon seit langem geforderte Bundesbeteiligung an den Leistungen der Eingliederungshilfe ein unverzichtbarer Bestandteil eines Reformprozesses und wird durch die Umsetzung des aktuellen Koalitionsvertrages jetzt auch hoffentlich zügig vorgebracht.

Stichwort „Reformprozess“: Dass wir mit dem noch von Ulrike Lubek eingeleiteten Reformprozess unserer Kliniken, das heißt, dem strikten

Dezentralisierungsprogramm, genau richtig lagen, macht folgende Veröffentlichung des Deutschen Krankenhausbarometers des Deutschen Krankenhausinstituts deutlich.

Danach schrieben 2012 über 50 Prozent der Kliniken rote Zahlen. Im Jahr 2012 reichen bei weiteren 20 Prozent der Krankenhäuser die Einnahmen nicht mehr aus, die Kosten zu decken.

Demgegenüber ist der LVR-Klinikverbund mit seinen zehn LVR-Kliniken und der Krankenhauszentralwäscherei wirtschaftlich insgesamt gut aufgestellt. Bei einem Umsatz von rund 590 Millionen Euro sehen die Wirtschaftspläne 2014 einen Überschuss von knapp sechs Millionen Euro vor – und dies bei einer nahezu optimalen Personalausstattung von fast 100 Prozent PsychPV.

(Beifall bei SPD, Bündnis
90/DIE GRÜNEN und FDP)

Herzlichen Glückwunsch, liebe Martina Wenzel-Jankowski, an Sie und Ihr Team der Verbundzentrale – und natürlich auch an die Vorstände der Kliniken.

Uns geht es darum, die gute Qualität der psychiatrischen Behandlung in unseren Kliniken zu erhalten. Aus unserer Sicht ist diese nicht gegeben, wenn mit zunehmender Verweildauer die Vergütung sinkt und wenn die schwierige Aufgabenstellung der Pflicht- und Vollversorgung im Vergütungssystem nicht abgebildet ist. Qualität braucht eine auskömmliche Finanzierung!

Wir sind deswegen sehr froh darüber, dass PEPP, also das Pauschale Entgeltsystem für Psychiatrie und Psychosomatik, in den Koalitionsverhandlungen auf Bundesebene kritisch diskutiert wurde.

Wir als SPD-Fraktion werden uns weiter nachdrücklich für ein Vergütungssystem einsetzen, das schwer psychisch Kranke nicht von Behandlung und Versorgung ausgrenzt, die Pflichtversorgung gewährleistet und eine sektorübergreifende Behandlung fördert, die diesen Namen auch verdient.

Ziel muss es sein, das neue Entgelt so zu entwickeln, dass alle Menschen jederzeit umfassend stationär, ambulant und gemeindeintegriert versorgt werden können. Psychisch Kranke dürfen nicht die Leidtragenden eines falsch konstruierten Vergütungssystems sein!

Der LVR-Klinikverbund hat in einem dreitägigen Symposium im Januar dieses Jahres eindrucksvoll unter Beweis gestellt, welches fachliche Potenzial er zu bieten hat. Diese Stärke des Verbundes muss mehr als bisher für Projekte zur Verbesserung der Behandlungs- und Versorgungsqualität genutzt werden! Wir ermuntern Sie, Frau Wenzel-Jankowski, daher ganz ausdrücklich, auf diesem Weg auch mit neuen, unkonventionellen Lösungen voranzuschreiten!

An dieser Stelle noch ein Hinweis auf unseren ergänzten KiPE-Antrag. Das von uns initiierte Modellprojekt fand in fast allen Mitgliedskörperschaften Träger und Anschlussfinanzierungen. Es ist ein weiteres Projekt „Präventiven Tuns“, und wer eins und eins zusammenrechnen kann, weiß, dass es hilft, den Kommunen sehr, sehr viel Geld zu sparen; denn die Alternative wäre eine kostenintensive stationäre Unterbringung der betroffenen Kinder.

Bei insgesamt drei Mitgliedskörperschaften finden Verhandlungen auf den unterschiedlichsten Ebenen noch statt. Wir wollten verhindern, dass wegen ein paar Monaten, die dort noch gebraucht werden, die Projekte sterben. Ich bin sicher, dass wir in allen Fällen bis zum Mai eine Lösung gefunden haben werden, und danke daher ausdrücklich allen Fraktionen für ihre Zustimmung.

Und wie immer zum Schluss noch ein paar Worte zum Bereich Kultur.

(Corinna Beck, Bündnis 90/
DIE GRÜNEN, zeigt sich erheitert)

Für die Denkmal- und Bodendenkmalpflege stellt die konkrete Ausgestaltung des neuen Denkmalschutzgesetzes NRW eine große Herausforderung dar. Auf Grundlage eines intensiven Dialogs mit dem zuständigen Bauministerium und den politischen Gremien konnte für die Bodendenkmalpflege eine auskömmliche Zuschussfinanzierung durch das Denkmalförderungsprogramm erreicht werden.

Und ich weiß, dass Milena Karabaic sich persönlich sehr intensiv bei den Verhandlungen mit dem Land engagiert hat. Hierfür herzlichen Dank!

(Beifall bei SPD, Bündnis
90/DIE GRÜNEN und FDP)

Als wichtigen Beitrag des LVR in der kommunalen Familie möchte ich die kulturellen Netzwerke, die trotz begrenzter Ressourcen weiter vorangetrieben werden, hervorheben:

Die Realisierung des „Zentrums für verfolgte Kunst in Solingen“ dauert noch an und wird nicht wie erhofft in 2013 umgesetzt werden. Hierzu ein Hinweis: Die „verfolgte Kunst“ verfolgt den LVR jetzt schon seit neun Jahren.

(Heiterkeit bei der SPD)

Dieses Thema kostet Arbeitszeit, Nerven und Kapazität der betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, und dieses Thema strapaziert die Geduld und den guten Willen auch der politisch Verantwortlichen bis zum Äußersten. Ich glaube nicht, dass die Kraft aller Beteiligten unerschöpflich ist.

(Zustimmung bei der SPD)

Erfreulich ist im Gegensatz hierzu die weitere Entwicklung des Netzwerkprojektes auf Vogel-sang. Die Zusammenarbeit mit den örtlichen Partnern ist produktiv und verlässlich, die Bau-maßnahmen auf dem Gelände der Ordensburg Vogelsang und die Realisierung der dort geplanten NS-Dokumentationsausstellung sind auf gutem Weg.

Als verlässlicher Partner gegenüber den Kommunen hat der LVR auch beim Museum Zinkhütter Hof in Stolberg Entgegenkommen gezeigt und es in die Lage versetzt, den Museumsbetrieb in bewährter Weise fortzusetzen. Auch als Partner des Landes NRW ist dem LVR ein weiterer großer Wurf gelungen: das Preußen-Museum Wesel wird ein Museum des LVR werden. Die geplante inhaltlich-konzeptionelle Neuorientierung mit der Perspektive eines LVR-Museums zur Geschichte des Niederrheins lassen auf ein weiteres Erfolgsmodell der Netzwerkarbeit des LVR hoffen.

Und nun zu unserem ambitioniertesten Netzwerkprojekt mitten im Herzen von Köln. Nachdem der LVR hier das Heft des Handelns in die Hand genommen hat, konnten schnell und konsequent die Voraussetzungen zur Errichtung und zum Betrieb der Archäologischen Zone/des Jüdischen Museums geschaffen werden. Die geschlossene Rahmenvereinbarung zur Kooperation zwischen der Stadt Köln und dem LVR bietet eine gute Grundlage, die die Partner in die Lage

versetzt, dieses bedeutende Projekt gemeinsam voranzubringen.

Für ihren engagierten Einsatz – gegen den permanenten Widerstand der größten Oppositionspartei hier im Haus – sei der Landesdirektorin Ulrike Lubek, der Kulturdezernentin Milena Karabaic und auch dem Präsidenten, Jürgen Wilhelm, herzlich gedankt!

(Lebhafter Beifall bei SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Auf die weitere Entwicklung dieses einzigartigen Projektes sind wir sehr gespannt! Der LVR hat an der Stelle seine Hausaufgaben gemacht!

Zum Abschluss! Renate Hötte, die uns über den Veränderungsnachweis einen soliden Haushalt vorgelegt hat, sei herzlich gedankt, ebenso wie dem gesamten Team aus der Kämmerei, angeführt von Herrn Soethout.

Eine Entlastung der Kommunen um über 21 Millionen Euro, eine Sicherung der Ausgleichsrücklage über die Bedarfsumlage – das sind Maßnahmen, die für solide Haushaltspolitik stehen und denen wir gerne zustimmen werden.

Konsolidierung und Planungssicherheit für die Mitglieds Körperschaften prägen den Haushaltsentwurf 2014! Und wenn nun noch die Entlastung über das Bundesteilhabegesetz folgen sollte, wäre das zweifelsohne ein Gewinn für die gesamte kommunale Familie!

Sehr geehrte Damen und Herren, dies ist meine letzte Haushaltsrede – in dieser Wahlperiode –,

(Heiterkeit bei SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und FDP)

und sie wäre nicht vollständig ohne einen Hinweis auf unser 60-jähriges Bestehen in diesem Jahr.

Das und wie sich der LVR in diesem Jahr präsentiert hat – auf dem Fest der Begegnung in Köln und der Jubiläumsveranstaltung in Münster – war eine (neudeutsch) sehr gelungene „Performance“, eine tolle Werbung für uns im Rheinland insgesamt.

Dafür und für den dazu erforderlichen Einsatz, der weit über das Maß des Normalen hinausging, danke ich sehr der Pressestelle, Leitung Frau Bayer, dem Amt für Repräsentation, Frau

Eichhorn-Thiel, allen Vorzimmern und Referentinnen und Referenten und der Landesdirektorin und ihrem Vorstandsteam.

(Beifall bei SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Und Dank auch an den Vorsitzenden unserer Landschaftsversammlung, Professor Jürgen Wilhelm, für seinen umfassenden Beitrag dazu im jüngsten „Eildienst des Landkreistages“ unter „Lebendig. Vielseitig. Richtungsweisend.“ gleich LVR“. Das habt Ihr alle klasse hingekriegt!

(Lebhafter Beifall bei SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und FDP)

60 Jahre Landschaftsverbände bedeutet auch – zum Leidwesen einiger – 60 Jahre SPD im Landschaftsverband Rheinland.

Auch wenn das diesjährige Leitthema des Bundestagswahlkampfes der SPD – „Das Wir entscheidet“ – zum Beispiel von den Jusos umformuliert wurde in – „Das Bier entscheidet“ –, hat es in den letzten 60 Jahren SPD im LVR viele sehr nüchterne und kluge Entscheidungen zugunsten der Menschen im Rheinland gegeben.

Eine der klügsten – aus meiner Sicht – war die vor neun Jahren zum Bündnis mit FDP und Grünen, der sogenannten Gestaltungsmehrheit.

(Zustimmung bei SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Ich danke unseren Partnern sehr für die gute, manchmal sachbezogen kontroverse, aber immer – immer! – konstruktiv-wertschätzende Zusammenarbeit. Wir haben gemeinsam viel geschafft. Und SPD-seitig wäre das nicht gelungen ohne Thomas Böll und Leila Soumani, die im Herzen der Fraktion sozusagen den Takt halten. Danke Euch sehr dafür!

(Beifall bei SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und FDP)

60 Jahre SPD im LVR wird auch in Zukunft weiterhin heißen, sich mit Augenmaß, Verstand und Herz um diejenigen Menschen zu kümmern, die unsere Unterstützung brauchen, und gleichermaßen in Natur, Umwelt/Kultur die Dinge zu erhalten, die unser aller Wertschätzung verdienen. Dafür steht die SPD-Fraktion im LVR, und dafür stehe ich.

Und der Jahreszeit entsprechend schließe ich mit Erich Kästner:

Zum neuen Jahr

Wird's besser? Wird's schlimmer?
fragt man alljährlich.

Seien wir ehrlich:

Leben ist immer lebensgefährlich!

In danke Ihnen!

(Lebhafter Beifall bei SPD, Bündnis
90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vorsitzender Prof. Dr. Jürgen Wilhelm: Das Wort geht an Frau Beck für Bündnis 90/DIE GRÜNEN.

Corinna Beck (Bündnis 90/DIE GRÜNEN): Herr Vorsitzender! Liebe Gäste! Sehr geehrter Herr Löb! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Gestaltungsmehrheit wird heute zum zehnten Mal hintereinander den Haushalt des Landschaftsverbandes Rheinland beschließen. Wir haben 2004 den Haushalt mit einem Umlagesatz von 17,3 Prozentpunkten übernommen und dann kontinuierlich bis 2009 die Umlage gesenkt. Erst die Folgen der Finanzkrise haben 2010 diesen Trend unterbrochen und 2011 eine Umlageerhöhung notwendig gemacht.

Seit 2012 senken wir die Umlage wieder, in diesem Jahr auf 16,5 Prozentpunkte – sogar einschließlich der notwendigen Bedarfsumlage. Dieser Prozentsatz legt den Anteil der Steuereinnahmen unserer Städte und Kreise fest, den sie an den Landschaftsverband zahlen müssen. Dieser Anteil ist trotz aller internationalen und kommunalen Finanzkrisen geringer geworden. Das zeigt, dass wir immer Rücksicht auf die Finanzen unserer Kommunen genommen haben.

(Beifall bei Bündnis 90/
DIE GRÜNEN und FDP)

Wir haben ein weiteres finanzpolitisches Ziel: Die Umlageschwankungen sollen möglichst gering bleiben. Wir wollen für die Kreise und Städte verlässlich sein. Wir orientieren uns deshalb an der mittelfristigen Finanzplanung, weil die lokalen Kämmerereien mit diesen Zahlen arbeiten: Demnach wurden für diesen Haushalt 16,5 Prozent geplant. Und wo landen wir in diesem Jahr?

Besonders wichtig ist das für die am stärksten verschuldeten Kommunen; denn diese Städte haben uns während der Haushaltsberatungen dringend gebeten, dass wir die Umlage auf 16,5 Prozentpunkte senken, weil sie diese Zahlen in ihren Konsolidierungsplänen eingearbeitet haben. Wir konnten diesem Wunsch entsprechen. Wir stehen zu unserer Verantwortung gegenüber den Kommunen.

Wir stehen aber auch zu unserer Verantwortung gegenüber unserem eigenen Haushalt. Sie alle wissen, dass unsere Ausgleichsrücklage nach Jahresabschluss 2013 nahe Null sein wird. Sie wissen auch, dass im Vergleich zu großen Kommunen unsere allgemeine Rücklage gering ist. Wenn wir also die Haushaltssicherung vermeiden wollen – ich hoffe, darin sind wir uns fraktionsübergreifend einig –, dann müssen wir auch dafür sorgen, dass wir einen seriösen und auskömmlichen Haushalt beschließen. Und genau das werden wir tun.

Das ist übrigens kein Selbstzweck. Wir müssen zahlungs- und handlungsfähig bleiben, weil viele Menschen im Rheinland auf unsere Unterstützung angewiesen sind. Und wir wollen den Menschen mit Behinderung die Unterstützung geben, die sie brauchen, um ein selbstbestimmtes Leben führen zu können. Dies versuchen wir im Dialog mit den Verbänden der Wohlfahrtspflege, aber auf dem Hintergrund der Konsolidierungsvorgaben aufseiten der Kommunen, denen sich der LVR natürlich verpflichtet fühlt und der steigenden Zahl an Menschen, die einen hohen Unterstützungsbedarf haben, gilt es, kreative Ideen zu entwickeln und Kompromisse zu finden. Ohne Konflikte geht das nicht – aber es geht auch nur gemeinsam.

Auch im Interesse unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, auf deren Engagement, Wissen und Können wir dringend angewiesen sind, müssen wir verhindern, dass wir in die Haushaltssicherung kommen; denn dann drohen massive Einschränkungen, die wir in vielen Kommunen erleben – nicht nur zum Schaden der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, sondern vor allem zum Schaden der dort lebenden Menschen.

Jetzt warte ich eigentlich darauf, dass Sie, meine Damen und Herren von rechts, wieder lauthals nach Stellenreduzierungen und Personaleinsparungen rufen, weil das ja vor Ort genauso ist.

Aber ich sage Ihnen: Das kann für uns kein Vorbild sein. Das machen wir nicht mit.

(Beifall bei Bündnis 90/
DIE GRÜNEN und FDP)

Wir erwarten von unseren Mitarbeiterinnen auch einen Beitrag zur Konsolidierung – sehr wohl. Aber wir werden auch darauf achten, dass für die Aufgaben, die wir haben, ausreichend Personal da ist.

Rücksichtnahmegebot, eine solide Haushaltsplanung und Sicherung unserer Handlungsfähigkeit, das sind die Kennzeichen der Finanzpolitik der Gestaltungsmehrheit.

(Zustimmung bei Bündnis 90/
DIE GRÜNEN und FDP)

Und das ist auch ein Hauptgrund dafür, dass wir bisher so erfolgreich waren und es weiter sind. Dafür allen Beteiligten ein herzliches Dankeschön. Ihr wisst, wer damit gemeint ist!

(Beifall bei Bündnis 90/
DIE GRÜNEN und FDP)

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen der CDU, erlauben Sie mir eine Anmerkung zu den Haushaltsberatungen: Prof. Rolle hat es gerade schon gesagt, aber auch mich erstaunt es, wie wenig Interesse Sie an ordentlichen Haushaltsberatungen mitbringen. Mal bringen Sie einfach die Anträge aus dem vergangenen Jahr wortgleich wieder ein. Mal bringen Sie Ihre inhaltlichen Anträge so spät ein, dass eine vernünftige Diskussion in den Fachausschüssen gar nicht mehr möglich ist. Das ist nicht hilfreich!

(Frank Boss [CDU]: Früher
war es jetzt auch nicht!)

Es ist sogar sehr ärgerlich, weil dadurch möglicherweise gute Ideen von Ihnen nicht ausreichend debattiert werden können. Schade!

Die Linke. nehme ich von dieser Kritik aus. Ihre Anträge waren rechtzeitig da, aber aufgrund ihrer Abneigung, sich auch nur ansatzweise der notwendigen Konsolidierung zu stellen, müssen wir diese ablehnen.

Und noch etwas: Sie, verehrte Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion, stellen sich erst lobheischend an die Seite der gebeutelten Kommu-

nen und fordern eine noch höhere Senkung der Umlage. So weit, so vorhersehbar.

Jetzt konnte ich aber in Ihren Presseveröffentlichungen zum Haushalt lesen, dass Sie den LVR dafür kritisieren, dass er die Risiken der Entgeltsteigerungen im Sozialetat und für künftige Tarifierhöhungen nicht im Haushalt abbildet.

Folgerichtig hieße das, unsere Verwaltung müsste eine deutliche Erhöhung der Umlage vorschlagen. Ja, Was denn nun? Das passt doch vorne und hinten nicht zusammen!

(Frank Boss, CDU: Ja, was denn nun?
Einsparungen kann man auch konsolidieren!)

Wir hingegen sind uns der Risiken durchaus bewusst. Aber aus Rücksicht auf die Finanzsituation unserer Mitgliedskommunen erwarten wir von unserer Verwaltung auch Konsolidierungsanstrengungen. Und wie Sie wissen, hat das im ersten Zeitraum 2011 bis 2013 auch hervorragend geklappt. Deshalb unterstützen wir den Weg unserer Kämmerin, auch in den kommenden Jahren Konsolidierungsbeiträge im eigenen Haushalt zu erwirtschaften.

Das passt, das ist ein glaubwürdiger und nachvollziehbarer Kurs in der Haushaltspolitik. Den vermisse ich leider bei den Vorschlägen der CDU.

(Zustimmung bei Bündnis 90/
DIE GRÜNEN und FDP)

Aber ich will Sie nicht nur kritisieren. Wir sind durchaus auch bereit zu loben, wenn es denn verdient ist. Und bei vielen kleineren Projekten in den Fachausschüssen arbeiten wir gut zusammen, zum Beispiel bei den Kindern psychisch kranker Eltern. Und außerdem finde ich Ihren kulturpolitischen Kurs beim Preußen-Museum ausgesprochen konstruktiv.

Was Sie allerdings treibt, immer wieder zu versuchen, ein kulturelles Highlight – ja, ich meine die Archäologische Zone – kaputtzumachen, das kann ich nicht nachvollziehen!

(Frank Boss [CDU]: Sie müssen
nur sagen, wer das bezahlen soll!)

Was ich wirklich bemerkenswert fand, das – und das hat Prof. Rolle auch schon erwähnt; aber auch ich möchte es Ihnen an dieser Stelle nicht

ersparen – war nämlich Ihre absolut konstruktive Arbeit im Jugendhilfeausschuss bei der Konzeption der neuen Fördersystematik für behinderte Kinder in KiTas.

Da hätte es sicherlich genügend Möglichkeiten der populistischen Skandalisierung gegeben. Aber Sie haben diesem Reflex widerstanden und sich kooperativ und sachorientiert an den Debatten beteiligt. Dafür ein ehrliches Dankeschön.

(Beifall bei Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Damit komme ich nun zu einer der wichtigsten inhaltlichen Entscheidungen in dieser Wahlperiode: Mit der Einführung einer Kindpauschale ermöglichen wir Kindern mit Behinderung in mehr als 16.000 Regel-Kindertagesstätten-Gruppen eine bessere Unterstützung. Wir haben dafür eine Pauschale von 5.000 Euro pro Kind beschlossen. Das ist eine deutliche Verbesserung gegenüber der aktuellen Situation und wird hoffentlich perspektivisch dazu führen, dass mehr Kinder mit Behinderung wohnortnah in eine KiTa gehen können.

(Beifall bei Bündnis 90/
DIE GRÜNEN und FDP)

Das ist ein Schritt hin zur Inklusion, ein Schritt hin zur Teilhabe von Anfang an.

Im Zuge der Diskussion zu diesen inhaltlichen Überlegungen ist das Finanzdesaster in der Produktgruppe 074 deutlich geworden. Dort hat sich gezeigt, dass der LVR für bestimmte Förderungen gar nicht zuständig ist und es auch nie war!

Wir haben dann über den rheinischen Tellerrand hinaus geblickt und festgestellt, dass beim LWL die Kooperation mit den Krankenkassen zur Finanzierung von therapeutischen Leistungen in Kindertageseinrichtungen gut funktioniert.

Wir dagegen finanzieren mit fast 50 Millionen Euro Leistungen, für die wir nicht zuständig sind. Einen großen Teil dieser Gelder werden wir zukünftig zur Verbesserung der individuellen Förderung von Kindern mit Behinderung in KiTas bereitstellen. Wir werden uns aktiv an den Verhandlungen mit den Krankenkassen beteiligen, die im Übrigen schon signalisiert haben, dass sie ihrer Pflicht nachkommen werden.

Und selbstverständlich haben wir Übergangsfristen eingebaut, damit die Kindertagesstätten sich

auf diesen Förderwechsel einstellen können. Und wir werden die Umsetzung genau beobachten.

Damit ist klar: Inklusion ist kein Sparmodell, aber es verlangt in manchen Bereichen ein Umdenken. Genau diesen Weg gehen wir.

(Beifall bei Bündnis 90/
DIE GRÜNEN und FDP)

Dieses Umdenken ist auch im Schulbereich notwendig. Natürlich gibt es auf dem Weg zu einer inklusiveren Schullandschaft Ängste und Befürchtungen – aber auch Beharrungskräfte. Ich hoffe aber zumindest, dass wir uns im Ziel der möglichst weitgehenden gemeinsamen Beschulung von Kindern mit und ohne Förderbedarf einig sind.

Dazu sollten wir engagiert gemeinsam vorgehen. Das sind wir nicht nur den Verpflichtungen aus der UN-Behindertenrechtskonvention schuldig, sondern das sind wir vor allem den Eltern schuldig, die endlich für ihre Kinder eine Perspektive jenseits von heilpädagogischen KiTas, Förderschulen, Werkstätten und Heimen haben wollen.

(Beifall bei Bündnis 90/
DIE GRÜNEN und FDP)

Um Inklusion als zentrales Ziel des LVR deutlich zu machen, haben wir zu Beginn der Wahlperiode gemeinsam die Kommission Inklusion eingerichtet. Das hat sich bewährt. Hier haben wir die Möglichkeit, alle Bereiche des LVR auf ihre inklusive Zielsetzung hin zu überprüfen und vor allem auch weiterzuentwickeln; denn Inklusion ist ein Menschenrecht. Vor allem aber wollen wir den Dialog mit den Betroffenen führen, damit auch hier gilt: Nicht über uns ohne uns.

Wir werden deshalb zu Beginn der kommenden Wahlperiode einen Beirat Inklusion einrichten, damit wir endlich mit Selbstvertreterinnen und -vertretern auf Augenhöhe sprechen und beraten können.

(Beifall bei Bündnis 90/
DIE GRÜNEN und FDP)

Wir wollen möglichst vielen Menschen ein selbstbestimmtes Leben in unserer Gesellschaft ermöglichen. Genau diese Perspektive verfolgen

wir nach wie vor auch in der Eingliederungshilfe unter dem Stichwort „ambulant vor stationär“.

Menschen mit Behinderung gehören mitten in die Gemeinschaft genauso wie Menschen mit Migrationshintergrund, Menschen mit unterschiedlicher sexueller Orientierung und aus verschiedenen Religionen. Dafür machen wir hier Politik.

Dafür beschließen wir zum Beispiel Anreizprogramme. Diese Projekte tragen nicht nur dazu bei, dass Menschen selbstbestimmter leben und arbeiten können, sondern sparen uns meist auch noch Geld. Schade, dass diese Projekte von manchen hier im Saal immer nur als Geldverschwendung tituiert werden. Aber wir werden uns davon nicht beirren lassen.

Mit unseren Modellprojekten wollen wir auch die Menschen mit Behinderung selber stärken. So hat eine Studie der Universität Bielefeld gezeigt, dass Frauen mit Behinderung häufig Opfer von Gewalt werden. Deshalb wollen wir ein Projekt zur Erprobung von ehrenamtlichen Frauenbeauftragten als Expertinnen in eigener Sache starten – und das nicht nur in Einrichtungen wie beispielsweise den HPHs oder den Werkstätten, sondern auch in den KoKoBes und den SPZ, um damit in die Fläche zu kommen. Dadurch sollen die Frauen sich gegenseitig besser unterstützen und in ihrem Selbstbewusstsein stärken.

(Beifall bei Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Damit im Aufgabenfeld der Eingliederungshilfe die Forderungen der UN-Behindertenrechtskonvention umgesetzt werden und weil wir und unsere Kommunen sonst vor unlösbaren finanziellen Problemen stehen, ist ein neues Bundesteilhabegesetz, das auch eine Bundesbeteiligung an den Kosten der Eingliederungshilfe vorsieht, dringend notwendig.

Im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD habe ich gelesen, dass fünf Milliarden zur Entlastung der Kommunen kommen sollen. Wir sollten uns als LVR aktiv an der Arbeit an so einem neuen Gesetz beteiligen, das gut für die Menschen und gut für die Kommunen und damit auch für den LVR sein muss. Natürlich hoffen wir, dass die angekündigte eine Milliarde Soforthilfe möglichst schnell fließen wird. Ein erster Schritt, ein guter Schritt.

Viele gute Schritte ist unsere Verwaltung ja schon bei der Umsetzung des 492-Millionen-

Programms zur Sanierung der Kliniken gegangen. Im Moment sieht es ganz danach aus, dass wir sowohl die Kosten einhalten als auch eine deutliche Verbesserung unserer psychiatrischen Versorgung damit realisieren können. Kompliment an alle Beteiligten! Eine Herkulesaufgabe, die Sie da stemmen!

Aber wir wollen nicht nur unsere Klinikgebäude auf den neuesten Stand bringen. Wir wollen auch, dass die Behandlungsqualität sich weiter verbessert. Deshalb haben wir in diesem Haushalt erneut das Thema „geschlechtsspezifische Medikation“ aufgegriffen. Frauen bekommen viel häufiger Antidepressiva, Tranquilizer oder Schlafmittel verordnet. Und wir wissen, mit welchen Folgen.

Deshalb wollen wir hierzu eine Fachtagung durchführen, und dieses Thema soll in die Qualitäts- und Leistungsberichte der Kliniken aufgenommen werden. Notwendig ist auch eine umfassende Aufklärung über Folgen und Nebenwirkungen von Psychopharmaka.

(Zustimmung bei Bündnis
90/DIE GRÜNEN)

Der zweite Leitbegriff neben „Inklusion“ ist für unsere Koalition das Thema „Nachhaltigkeit“. In allen Bereichen haben wir dafür gesorgt, dass wir beim LVR im Vergleich zu den meisten anderen Kommunen hier hervorragend aufgestellt sind. Das reicht vom hundertprozentigen Bezug von Ökostrom über nachhaltige und faire Beschaffungen, von der ökologischen Optimierung unseres Fuhrparks bis hin zu den ökologischen Baustandards.

Natürlich gibt es noch vieles zu verbessern. Ich denke nur an die Essensversorgung in unseren Kliniken. Und deshalb werden wir hier konsequent weiter an den Verbesserungen arbeiten. Wir haben die Verwaltung beauftragt, die ökologischen Baustandards zu überarbeiten und auch über die bei uns verwendeten Baustoffe nachzudenken; denn das macht Sinn.

Wir wollen den Passivhausstandard weiter optimieren. Dafür hat die Verwaltung schon einen Weg vorgeschlagen, nämlich hin zum Hocheffizienzhaus. Wir werden uns das genau angucken und dann entscheiden.

Entschieden haben wir auch über das zentrale kulturpolitische Projekt in der zu Ende gehenden

Wahlperiode: die Archäologische Zone/Jüdisches Museum in Köln. Wenn ich mich mit interessierten Menschen außerhalb des Rheinlandes über dieses Projekt unterhalte, dann verstehen die nicht, warum bei uns so viel Zweifel und Kritik an diesem herausragenden kulturellen Projekt gesät werden. Ein Verzicht wäre in ihren Augen eine verschenkte Chance.

Und das wäre es, wenn wir Ihrer Position, meine Damen und Herren von CDU und Freien Wählern, folgen würden; denn was ist die von Ihnen vorgeschlagene Alternative? Dieses einzigartige Zeugnis des Zusammenlebens unterschiedlicher Kulturen würde einfach zugeschüttet! Das wäre ein kulturpolitischer Frevel! Und den machen wir nicht mit. Wir bekennen uns zu unserer kulturpolitischen Verantwortung.

(Zustimmung bei SPD, Bündnis
90/DIE GRÜNEN und FDP)

Das zeigt sich auch in unserem Engagement bei anderen Projekten. Zum Teil ist das nicht immer einfach, aber wir halten daran fest. Wir stehen zu unserem Versprechen: beim Museum für verfemte Künste, beim Energeticon, bei der Zeche Zollverein, in Xanten, im Brühler Max-Ernst-Museum und an vielen anderen Orten. Und jetzt auch in Wesel, wo wir uns für die Übernahme des Preußen-Museums eingesetzt haben.

Verantwortung übernehmen wir auch, wenn wir trotz aller Schwierigkeiten in unseren Stiftungen die GFG-Mittel weiter vor allem für Projekte in unseren Mitgliedskommunen einsetzen. Andere Verbände tun das nicht.

Meine Damen und Herren, gerade bei den Diskussionen um die Archäologische Zone/Jüdisches Museum ist wieder deutlich geworden, dass die Gestaltungsmehrheit tatsächlich gestaltet. Und das ist für mich auch das Fazit der zu Ende gehenden Wahlperiode: Wir gestalten. Und das wollen wir auch nach der Wahl: weiter in dieser bewährten Konstellation gestalten.

(Zustimmung bei Bündnis
90/DIE GRÜNEN)

Bleibt mir zum Schluss noch Dank zu sagen: an unsere Koalitionspartner der FDP, lieber Lars, und der SPD, lieber Jürgen, für die hervorragende Zusammenarbeit. Dank an die Verwaltung, an der Spitze mit Ulrike Lubek und Renate Hötte,

die uns gerade wieder bei diesen Haushaltsberatungen hervorragend unterstützt hat.

Dank an unsere „grünen“ Dezernten/in Frank vom Scheidt und Martina Hoffmann-Badache und natürlich an alle anderen Mitglieder des Verwaltungsvorstandes.

Dank natürlich auch an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des LVR.

Und auch ein großes Dankeschön an meine Fraktion für die wunderbare und spannende Zusammenarbeit. Und natürlich ein besonderes Dankeschön an meinen Partner in der Doppelspitze: Danke, lieber Stefan.

Und abschließend natürlich auch herzlichen Dank an Sie, meine Damen und Herren, für Ihre Aufmerksamkeit.

(Lebhafter Beifall bei Bündnis 90/
DIE GRÜNEN, SPD und FDP)

Vorsitzender Prof. Dr. Jürgen Wilhelm: Für die FDP-Fraktion spricht Herr Effertz. Bitte schön.

Lars O. Effertz (FDP) „Wer A sagt, muss nicht B sagen; er kann auch einsehen, dass A schon falsch war.“

Sehr geehrter Herr Präsident! Lieber Herr Löh vom LWL! Liebe Frau Landesdirektorin Lubek! Meine verehrten Damen Landesrätinnen! Meine geehrten Herren Landesräte! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen!

Das sagte einst Berthold Brecht. Und Sie sehen, ich kann auch Berthold Brecht zitieren.

Ich finde, das Zitat passt ganz hervorragend zur CDU beim Thema Archäologische Zone/Jüdisches Museum. Sie müssen nun nicht verbissen zwanghaft immer wieder versuchen, das Projekt zum Scheitern zu bringen. Sie müssen nicht zwangsläufig B sagen; Sie können auch erkennen, dass A schon falsch war.

(Beifall bei FDP, SPD und
Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte gleich zu Beginn eines klarstellen: Die Gestaltungsmehrheit hat hervorragende Arbeit geleistet:

(Frank Boss [CDU]: Das ist ein Selbstlob!)

hervorragende Arbeit in der diesjährigen Haushaltsberatung und darüber hinaus hervorragende Arbeit in der gesamten Wahlperiode. Denn neben diesem Haushalt können wir auch heute schon eine kleine Bilanz der letzten Wahlperiode ziehen. Diese Bilanz kann sich sehen lassen.

Und deshalb danke ich allen Mitgliedern der Gestaltungsmehrheit, zuerst meiner eigenen Fraktion für die hervorragende Arbeit und die große Unterstützung. Ich danke den lieben Kolleginnen und Kollegen aus SPD und Grünen, vertreten durch die Vorsitzenden Prof. Dr. Jürgen Rolle und Corinna Beck sowie Stefan Peil für die Grünen. Et wor schön met üsch.

(Heiterkeit bei SPD und
Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Ich danke der Verwaltung und insbesondere der Ersten Landesrätin und Kämmerin Renate Hötte, der Landesdirektorin Ulrike Lubek für die geleistete Arbeit und die gute Beratung.

Die Gestaltungsmehrheit war also erfolgreich, und ich werde noch darauf eingehen.

Worauf ich in dieser Haushaltsrede verzichten werde, ist die Auseinandersetzung mit der CDU. Sie haben es schon gemerkt.

(Beifall bei FDP, SPD und
Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Sie erinnern sich: Es war mir schon im letzten Jahr nicht möglich, auf die inhaltlich-konstruktive Arbeit der Union einzugehen – einfach weil es sie nicht gab. Aber was Sie sich in diesem Jahr mit der Archäologischen Zone/Jüdisches Museum geleistet haben, ist derart unparlamentarisch, dass Sie sich damit selbst disqualifiziert haben.

(Zustimmung bei FDP, SPD
und Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Erkennen sie doch einfach an, dass die Schlacht geschlagen ist und Sie sich eben nicht durchsetzen konnten.

(Frank Boss [CDU]: Sie wollten sich doch nicht mit uns beschäftigen! Lassen Sie es doch!)

Stattdessen erreichte uns ein Anwaltsschreiben, in dem den Mitgliedern des LA sogar gedroht

wurde, für die Folgen persönlich haftbar gemacht zu werden. Nachdem das also durch Gutachten juristisch geklärt und umgesetzt wurde, kam die CDU auf die Idee, dass sie die Kosten für das Anwaltsschreiben auch noch durch den LVR erstattet haben wolle.

(Heiterkeit bei FDP, SPD
und Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Das ist schon frech!

(Zustimmung bei FDP, SPD
und Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Und nachdem die juristische Schiene nicht funktioniert hat, gibt es jetzt einen Antrag im Landtag Nordrhein-Westfalen, der am Mittwoch im Plenum diskutiert wird. Darin instrumentalisieren Sie Ihre Landtagsfraktion und fordern den Innenminister des Landes zu einem, wie ich es empfinde, Rechtsbruch auf; denn der Innenminister soll nicht nach seiner Rechtsaufsicht handeln, sondern eine Fachaufsicht ausüben. Und damit legen Sie die Axt an die Wurzel der kommunalen Selbstverwaltung.

(Zustimmung bei FDP, SPD
und Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Sie sitzen hier als größte Fraktion im Hause und wollen keine kommunale Selbstverwaltung mehr. Das finde ich beschämend.

Ihre Argumentation liegt zugrunde, sich wegen der Kosten hier so aktiv einzubringen! Also statt die Landtagsfraktion in der Frage zu instrumentalisieren, sollten Sie lieber Ihren Einfluss auf Ihre Bundestagsfraktion und auf Ihre Bundesregierung ausüben und mit dem Finanzminister einmal ins Gespräch kommen, um mehr Einfluss auf das Gesetz zur Bundesbeteiligung bei der Eingliederungshilfe zu erreichen, damit die Bundesbeteiligung so schnell wie möglich kommt. Da könnten Sie Ihren Einfluss geltend machen, und das würde dem LVR und den Kommunen helfen.

(Beifall bei FDP, SPD und Bündnis 90/
DIE GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

– Ja, ich weiß, die FDP ist aus dem Bundestag gefallen. Aber als Liberaler weiß ich eben auch, was nach dem Hochmut kommt, meine lieben Kollegen von der CDU.

(Lebhafte Zurufe von der CDU)

Das Thema Archäologische Zone/Jüdisches Museum jedoch ist genauso klar, dass wir weiter an diesem Projekt festhalten. Der Vertrag mit der Stadt Köln wurde geschlossen, das politische Begleitgremium hat sich konstituiert, und damit ist letztlich auch der Startschuss für dieses herausragende Kulturprojekt gefallen!

Die FDP-Fraktion steht voll und ganz hinter dem Projekt. Wir wollen die Archäologische Zone; wir wollen das Jüdische Museum.

Dieser Haushalt 2014 ist natürlich wieder das Ergebnis unserer Arbeit, und er ist geprägt von Augenmaß. Wir haben die Verwaltung zu Beginn darin unterstützt, den Haushalt möglichst früh im Jahr einzubringen, damit wir den Kommunen an der Stelle eine größtmögliche Planungssicherheit für die eigenen Haushalte geben können. Unser Ziel ist es, die Haushalte für das Folgejahr bereits im vorherigen einzubringen und zu verabschieden. Denn nur so schaffen wir mehr Planungssicherheit, und nur so sind wir der verlässliche Partner der Kommunen; ganz abgesehen davon, dass wir auch grundsätzlich dazu angehalten sind.

Es ist aus meiner Sicht zu einer Unsitte geworden, dass Haushalte immer später im Jahr für das laufende Jahr eingebracht werden. Das hat natürlich vielfältige Ursachen, und es lässt sich nicht immer vermeiden.

Das Umlagegenehmigungsgesetz hat uns diesem Ziel nicht näher gebracht. Ebenso warten wir oft auf verlässliche Modellrechnungen des Landes und auch lange auf das GFG. Doch wenn wir an diesem Ziel festhalten, dann sind die Haushaltsberatungen zwangsläufig mit Unsicherheiten verbunden. So auch in diesem Jahr. Wir stehen also immer grundsätzlich vor der Frage, ob wir frühzeitig einbringen, um damit Planungssicherheit zu geben, oder ob wir spät einbringen, um selber schon Sicherheit für die Modellrechnungen zu haben.

Wir haben uns für das frühe Einbringen entschieden. Ich glaube, dass wir durch das frühe Einbringen das Land ein Stück weit getrieben haben. Deswegen ist es so erfreulich, dass die zweite Modellrechnung in diesem Jahr so frühzeitig veröffentlicht wurde.

Eine große Unbekannte war an der Stelle das Einheitslastenabrechnungsgesetz. Wir haben in

dem Rahmen und auch an anderer Stelle häufig darüber diskutiert. Am Ende, finde ich, ist es ganz gut, dass die Verwaltung die Gelegenheit genutzt hat, die einmalige Bedarfsumlage heute einzubringen.

Doch auf der anderen Seite ist diese Regelung der einmaligen Bedarfsumlage, gemessen am Volumen, um das es geht, aus meiner Sicht zwar ein notwendiges, aber immer noch ein Übel; denn der Aufwand mit Einbringung in die Landschaftsversammlung, die Herstellung des Beschlusses und die Verabschiedung durch die Landschaftsversammlung ist dem Volumen, um das es geht, aus meiner Sicht nicht angemessen.

Inhaltlich wollen wir aber auch in diesem Haushalt wieder gestalten. Und das tun wir. Dazu nur ein paar Stichpunkte: Wir wollen tagesstrukturierte Angebote weiterentwickeln. Wir wollen Qualifizierung in verschiedenen Bereichen: im Bereich autistischer Störungen; wir wollen Qualifizierung von Ärztinnen und Ärzten im Bereich der fachlich-kulturellen Adaption bestehender Standards in der psychiatrischen Versorgung und Weiterentwicklung in der gerontopsychiatrischen Versorgung.

Wir fördern die Kooperationen zwischen Förderschulen, Regelschulen und weiteren Projektpartnern. Wir halten an einer Ausbildungsquote von sieben Prozent und einer Weiterbildungsquote von drei Prozent fest und werden im Rahmen der Optimierung der Geschäftsprozesse Budgets und Stellenpläne kontinuierlich anpassen.

Die Gesamtbilanz unserer Gestaltungsmehrheit möchte ich nur an drei Indikatoren festmachen: dem Umlagehebesatz, der Konsolidierung und den Schulden.

Der Umlagehebesatz ist in unserer Zeit gesunken: von 17,3 Prozent auf heute 16,3734 Prozent und selbst mit der Bedarfsumlage auf 16,5 Prozent. Die Konsolidierungsmaßnahmen haben allein zwischen 2011 und 2013 190 Millionen Euro eingespart!

(Beifall bei FDP, SPD und
Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Und wir werden zwischen 2014 und 2016 weitere 104 Millionen Euro einsparen. Soviel zum Thema Risiken verschleiern. Wir verschleiern keine Risiken; wir sind uns der Risiken sehr bewusst. Und

deshalb werden diese Risiken für den Fall, dass sie eintreten, auch konsolidiert werden müssen.

Der Schuldenstand des LVR ist von 711 Millionen Euro in 2005 auf 477 Millionen Euro in 2012 gesunken.

(Beifall bei FDP, SPD und
Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Allein von den ersparten Zinsen könnten wir die Archäologische Zone einige Jahre finanzieren.

(Beifall bei FDP, SPD und
Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Und wir haben das alles im Umfeld der Finanz- und Wirtschaftskrise, im Umfeld von Aufgabenübernahme – Stichwort: Versorgungsverwaltung – und im Umfeld von steigenden Fallzahlen in der Eingliederungshilfe erreicht. Wir haben in unserer Gestaltungszeit die Kliniken fit gemacht für die Zukunft, haben ein riesiges Investitionsprogramm noch zu bewältigen, haben die Qualität unserer Arbeit in ganz vielen Bereichen verbessert.

Wir haben sinnvoll investiert, haben präventive Programme wie Hilfen für Kinder psychisch kranker Eltern aufgelegt, haben den Wechsel „ambulant vor stationär“ gestaltet, haben Weichen für die Inklusion gestellt und das Kulturangebot weiter ausgebaut. Wir sind erfolgreich, und deswegen will meine Fraktion auch erfolgreich weiterarbeiten.

Meine Damen und Herren, wir stimmen diesem Haushalt zu!

(Lebhafter Beifall bei FDP, SPD
und Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Vorsitzender Prof. Dr. Jürgen Wilhelm: Das Wort geht an Frau Detjen, Die Linke.

Ulrike Detjen (Die Linke.): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Gäste! Die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen ist jetzt seit mehr als vier Jahren geltendes Recht in der Bundesrepublik. Ich sehe, die Umsetzung scheint mühsam zu sein, und ich befürchte, dass viele Vorhaben dem selbstauferlegten Sparzwang im öffentlichen Bereich zum Opfer fallen.

Für den Landschaftsverband bedeutet die UN-Konvention aus Sicht der Linken, dass wir uns auf den Weg machen müssen, die Sondereinrichtungen für Menschen mit Behinderungen Schritt für Schritt abzuschaffen. Die Monitoring-Stelle zur UN-Konvention hat am 3. Dezember, dem Tag der Menschen mit Behinderungen, noch einmal nachdrücklich gefordert – ich zitiere: –

Es geht um nichts weniger als um die Voraussetzungen für Inklusion zu schaffen bei gleichzeitiger Auflösung der Sonderwelten in Deutschland.

Die Monitoring-Stelle bezeichnet diese Sonderwelten als anachronistisch.

Zur Überwindung kann und muss der Landschaftsverband einen Beitrag leisten, und in einigen Bereichen machen wir uns auch schon auf den Weg – einschließlich der integrativen Kindergruppen.

Wir begrüßen die begonnenen Schulkooperationen als ersten Schritt. Wir unterstützen die Maßnahmen zur Eingliederung von Menschen mit Behinderungen in den Ersten Arbeitsmarkt. Ambulant betreutes Wohnen ist jedem Heimaufenthalt vorzuziehen. Und ich bin mir sicher, dass sich der Landschaftsverband dabei auch gegen die teilweise wirtschaftlichen Einzelinteressen von Einrichtungen, Trägern und Berufsgruppen stemmen muss und kann. Aber bitte nicht noch einmal so wie im Bereich der Kindertagesstätten.

Erst haben wir den Fahrtkosten- und Essenszuschuss für neue Kinder gestrichen, jetzt ändern wir bereits ab 1. August 2014 die Unterstützung von Kindern mit Behinderungen in Kindertagesstätten. Ich habe im letzten Jahr gesagt, wir unterstützen den Grundsatz „kurze Beine, kurze Wege“ – ich hätte fast den gleichen Versprecher wieder gemacht –,

(Heiterkeit bei Bündnis
90/DIE GRÜNEN)

und dabei bleiben wir auch.

Wir begrüßen die Einführung der Kindpauschale. Mit der Einführung der Kindpauschale schaffen Sie jedoch die Therapie in der Gruppe ab, ohne dass wir ein neues tragfähiges Modell haben. Die Finanzierung der therapeutischen Unterstützung der Kinder ist zwar im Moment geklärt, aber

es ist nicht geklärt, wie die Krankenkassen das übernehmen sollen.

Vereinzelte Träger haben die Gelegenheit beim Schopf ergriffen und schon mal betriebsbedingte Kündigungen gegen Therapeuten ausgesprochen.

(Runkler, FDP: Grundlos!)

Ich glaube nicht, dass sie dafür einen Grund haben. Aber sie haben die Gelegenheit beim Schopf ergriffen.

(Beifall bei Die Linke.)

Die Linke. hält es für fahrlässig, ein funktionierendes Angebot für Kinder mit Behinderungen Zug um Zug abzuschaffen, ohne dass es auch nur ein echtes Modell für ein neues Verfahren im Rheinland gibt.

(Zustimmung bei Die Linke.)

Aus den zahlreichen Schreiben von Trägern, Eltern und Therapeutinnen und Therapeuten, die wir alle erhalten haben, ist zumindest eines klar geworden: Die Therapeutinnen und Therapeuten leisten in den integrativen Gruppen mehr als die Heilbehandlung; sie sind in den pädagogischen Ablauf eingebunden.

Es gibt jetzt Vorschläge, wie die Träger verfahren könnten, aber immer noch keine Verhandlungen mit den Krankenkassen, die sicherstellen, dass diese die Therapie auch finanzieren und dass sie in den Einrichtungen stattfindet.

Ich befürchte, dass zeitlich ohnehin über den Durchschnitt belastete Eltern künftig die Kinder auch noch zur Therapie bringen müssen. Das wäre dann nicht mehr inklusiv, sondern macht das Kind mit Behinderung zu einem Sonderfall, das aus der Gruppe herausgeholt werden muss. Deshalb haben wir genau den drei Punkten, die diese Gefahr beinhalten, in dem Antrag nicht zugestimmt.

Unser Antrag, die befristeten Arbeitsverhältnisse auf maximal sechs Prozent zurückzufahren, hat ja interessante und unterschiedliche Reaktionen erfahren. In den Ausschüssen haben die Vertreterinnen und Vertreter der Gestaltungsmehrheit teilweise Verständnis und Zustimmung signalisiert – nur zugestimmt haben Sie natürlich nicht.

So konkret wollten Sie es dann auch nicht haben.

Die Stellenbefristungen in den Eigenbetrieben hingegen werden zum Teil wirklich hanebüchen begründet. Da dient die Befristung als Ersatz für die Probezeit – als reiche die gesetzlich mögliche Probezeit von sechs Monaten nicht aus, um die Eignung einer Mitarbeiterin oder eines Mitarbeiters festzustellen.

Ähnlich ist die Begründung der Kliniken gegen die Übernahme von Auszubildenden im Krankenhausbereich. Obwohl doch alle Krankenpflegeschülerinnen und -schüler neben ihren 2.100 theoretischen Stunden auch 2.500 praktische Einsatzstunden ableisten müssen, müssten ihre Fähigkeiten in den Kliniken ja eigentlich bekannt sein, aber es wird gesagt: Das geht nicht.

Im Schulbereich mussten wir erfahren, dass die Pflegehilfskräfte eigentlich durch Bundesfreiwillige ersetzt werden sollen, obwohl das Gesetz über den Bundesfreiwilligendienst ausdrücklich regelt, dass mit dem Einsatz der Ehrenamtlichen keine Arbeitsplätze ersetzt werden dürfen.

Sehr geehrte Damen und Herren, raffen Sie sich auf und beschließen wirksame Schritte gegen sachgrundlos befristete Einstellungen! Die Appelle, die bis jetzt beschlossen sind, sind offenkundig wirkungslos. Ich kann nur sagen: Wenn es einen ähnlichen oder einen entsprechenden Antrag gibt, werden Sie unsere Unterstützung haben.

Obleich die Zahl der Beschäftigten zunimmt, kommt der Landschaftsverband immer wieder in die Situation, auch gesetzlich vorgeschriebene Aufgaben nicht fristgemäß abarbeiten zu können. Die Budgetierung verschärft dieses Problem noch. Allein in der bisherigen Wahlperiode haben wir mit der Produktgruppe 74 und mit den Anträgen auf Eingliederungshilfe Schwierigkeiten, die Aufgaben zeitlich ordentlich abzuarbeiten. Ich befürchte einfach, dass bald der nächste Bereich bekannt wird, in dem die Aufgaben nicht mehr in der notwendigen zeitlichen Frist wahrgenommen werden können.

Wenn der Landschaftsverband in seinen Einrichtungen weiter so verfährt, wenn der Anteil der befristeten Arbeitsverhältnisse weiter zunimmt, brauchen wir uns nicht zu wundern, dass es immer schwieriger wird, qualifiziertes und motivier-

tes Personal zu bekommen. Das brauchen wir aber; denn die Unterstützung von Menschen ist nie ein bürokratischer Vorgang, sondern da ist Fachkunde, Einfühlungsvermögen und soziale Intelligenz gefragt.

(Zustimmung bei Die Linke.)

Sehr geehrte Damen und Herren von der CDU, Sie kritisieren die Zunahme der Stellen vor allem im Kulturbereich. Sie haben jedenfalls die Stellen für die Archäologische Zone abgelehnt.

(Rehse, Freie Wähler/
Deine Freunde: Richtig!)

Allerdings sehe ich darin Widersprüchliches. Beim Preußen-Museum haben Sie locker zugestimmt.

(Zuruf von Frank Boss, CDU)

– Das sind verschiedene Personen; das sehe ich auch.

(Allgemeine Heiterkeit)

Aber so ein bisschen hat Ihre Positionierung schon den Geruch von Wahlgewinnen und Wahlversprechen in Richtung Kommunalwahl: Wesel darf, Köln darf nicht.

Es ist in der Vergangenheit deutlich geworden, dass der Unterhalt von manchem Museum die Möglichkeiten der einzelnen Städte und Kreise überfordert. Der Landschaftsverband ist ja schon öfter eingesprungen. Die Konsequenz daraus kann aber nicht sein, Museen zu schließen, gar nicht zu erweitern oder keine neuen mehr zu bauen. Für uns ist die Konsequenz, dass wir eine Konzeption der regionalen Kooperation im Kulturbereich benötigen. Da könnte der LVR mit der Pflichtaufgabe regionale Kulturpolitik gut mitwirken.

(Beifall bei Die Linke.)

Das kostet Geld – also reden wir über Geld: Sie beantragen, die Landschaftsumlage auf 16,37 Prozent zu senken und bereiten die Beschlussfassung über eine einmalige Bedarfsumlage von 0,1266 Prozent vor. Die Landschaftsumlage soll unter Hinweis auf das Rücksichtnahmegebot gegenüber den Städten und Kreisen im Rheinland gesenkt werden. Die Linke trägt dieses Absenken nicht mit.

Die Ausgleichsrücklage ist zum Ende des Jahres aufgebraucht, und sie wird auch nach dem Eingang der Bedarfsumlage nicht mehr groß sein. Auf jeden Fall wird sie kleiner sein als die außerplanmäßigen Ausgaben, die wir in den letzten beiden Jahren beschließen mussten.

Erstens ist vorhersehbar, dass die Zahl der Menschen, die die Unterstützung des LVR und seiner Einrichtungen benötigen, weiter ansteigt. Es wäre ja schön, wenn weniger Menschen unterstützungsbedürftig würden. Tatsächlich haben wir aber einen immer weiteren Anstieg.

Zweitens ist auch vorhersehbar, dass die Tarifparteien Lohnerhöhungen vereinbaren werden. Die Tarifverträge sind gekündigt, die Forderungen der Gewerkschaften sind noch nicht bekannt – sie werden im Januar auf dem Tisch liegen –, aber sie werden bestimmt deutlich über Null sein.

Und drittens ist absehbar, dass die Entgelte für die Freien Träger und für die Einrichtungen des Landschaftsverbandes steigen werden. Schließlich müssen auch hier steigende Kosten, nicht nur im Personalbereich, gedeckt werden.

Sehr geehrte Frau Hötte, Sie sind den ersten Wirtschaftsplanentwürfen der HPH-Netze nicht beigetreten. Jetzt setzen die HPH-Netze ihre Rücklagen ein, um ausgeglichene Geschäftspläne zu erreichen. Die Rücklagen sind aber nicht gebildet worden, um Vermögen anzuhäufen. Sie sind für bestimmte Aufgaben vorgesehen. Und Sie sind erstens aus der Prämie für die Umwandlung von Heimplätzen in ambulante Plätze entstanden. Das ist so richtig schön, wenn Sie eine Aufgabe bekommen, die Aufgabe erfüllen – und dann muss die Prämie, die dafür gezahlt wurde, für den laufenden Betrieb aufgewandt werden. Das motiviert.

Zweitens waren die Rücklagen für Fortbildungsmaßnahmen und Neubauten vorgesehen. Die können jetzt nicht stattfinden. Dabei ist doch offensichtlich, dass nach drei Jahren die Entgelte auch für unsere HPHs erhöht werden müssen. Daraus könnten sie die laufenden Ausgaben bewältigen, ohne die Rücklage aufzuzehren. Dann haben wir aber wieder außerplanmäßige Ausgaben im Haushalt des Landschaftsverbandes. Da beißt sich die Katze in den Schwanz.

Ich sehe die großen Anstrengungen zur Konsolidierung des Haushalts. Ich meine jedoch, Konsolidierung, die in der Konsequenz zu ungeplanten Mehrausgaben oder zu vermehrtem Druck auf das Personal führt, gefährdet die Aufgabenerfüllung des Verbandes.

(Zustimmung bei Die Linke.)

Dieser Haushaltsentwurf ist darauf angelegt, am Ende mit einem kräftigen Defizit abzuschließen. Die Alternative ist, er wird per Haushaltssperre und Bewirtschaftungsverfügung gar nicht umgesetzt. Beides halten wir nicht für seriös. Deshalb werden wir den Haushalt ablehnen.

Ich möchte mich zum Ende bei der Verwaltung, beim Verwaltungsvorstand und bei allen Mitgliedern dieser Versammlung für die einstimmige Unterstützung bedanken, die die Beratung der Opfer des Nagelbombenattentats in der Kölner Keupstraße gefunden hat. Der Landschaftsverband leistet damit einen Beitrag zur Rehabilitation und zur Teilhabe von tief verstörten Menschen. – Danke.

(Beifall bei Die Linke.)

Vorsitzender Prof. Dr. Jürgen Wilhelm: Das Wort hat für die Freien Wähler Herr Rehse. Bitte schön.

Henning Rehse (Freie Wähler/Deine Freunde): Sehr geehrter Herr Vorsitzender Prof. Wilhelm! Sehr geehrte Frau Landesdirektorin Lubek! Sehr geehrte Frau Erste Landesrätin Hötte! Sehr geehrte Dezernentinnen und Dezernenten! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal freue ich mich, den Mitarbeitern der Verwaltung, insbesondere dem Team um Frau Hötte, Dank zu sagen; Dank für eine hervorragende Unterstützung unserer Fraktion bei der Beratung des sicherlich schwierigen Themas Haushalt 2014.

Wie ich bereits bei der letzten Etatrede ausgeführt hatte: Die Verwaltung und ihre Arbeit fallen nach unserem Urteil einmal mehr in die Abteilung „außerordentlich positiv“. Dem gibt es nichts hinzuzufügen.

Auch freue ich mich, meiner Fraktion Dank zu sagen – nicht nur für die diesjährigen Haushaltsplan-Beratungen, sondern über die ganze bis-

lang abgelaufene Wahlperiode hinaus. Ich möchte mich insbesondere bei dem Geschäftsteam in Form von Heinz Schmitz, Beate Plötner und dem Assistenten Adrian Kasnitz ganz herzlich bedanken.

Auch freue ich mich, die FDP hier zu sehen. Und jetzt, lieber Stenograf, ändert sich etwas im Manuskript. Ich kann leider nicht ausdrücklich Frau Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann begrüßen, die spätestens jetzt bei Nennung ihres Namens hellwach meine weiteren Ausführungen mit den ihr ureigenen Zwischenrufen garniert hätte.

(Heiterkeit bei der FDP)

Apropos FDP: Ich zitiere die Anmerkungen des Kollegen Busche, Linke., zu Beginn des Schulausschusses vom 20.11., als Freie Wähler/Deine Freunde und CDU erklärten, dass sie an den Abstimmungen zum Haushalt nicht teilnehmen würden, weil ihre Fraktionen noch nicht beraten hatten.

Zitat: Kollege Busche rief voller Freude aus: „Dann können wir heute den Sozialismus ausrufen.“ Ich ergänze dazu: Von der Sowjetunion lernen heißt Siegen lernen. Armer LVR, arme FDP! So schnell geht es, dass an neuen Mehrheiten schon gearbeitet wird. Rot-Rot-Grün ist offenbar schon in der Mache, falls die Mehrheiten es erfordern.

(Peil, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, zeigt sich erheitert – Zuruf: Das ist der Wunschpartner!)

– Meiner nicht.

Nun zum Haushalt: Ich denke, mir wird niemand widersprechen, wenn ich feststelle, dass wir ohne Beteiligung des Bundes, gegebenenfalls auch des Landes, zukünftig nicht mehr in der Lage sein werden, die uns übertragenen Aufgaben erfüllen zu können. Ein Bundesleistungsgesetz, wie in der Koalitionsvereinbarung bereits im Groben skizziert, muss her, indem sich der Bund bei der Eingliederungshilfe angemessen beteiligt.

Die Freien Wähler/Deine Freunde schauen hinsichtlich der finanziellen Entwicklung bei unseren HPH-Netzwerken besorgt in die Zukunft. Deshalb haben wir dieses zentrale Thema wie auch die Frage nach dem Zeitpunkt der Arbeitsaufnahme des gemeinsamen Finanzcenters der HPH-Netze zum Gegenstand von Anfragen ge-

macht, deren Antworten wir jetzt sorgfältig auswerten und entsprechende Schlüsse ziehen sowie Anträge erarbeiten werden.

Kritisch sehen die Freien Wähler/Deine Freunde auch das Auseinanderdriften von ausgewiesenen Stellen und wirklich vorhandenem Personal auf der einen und den Personalbudgets auf der anderen Seite, insbesondere wenn in diesen Budgets realistisch zu erwartende Tarifsteigerungen nicht berücksichtigt werden.

Der von Frau Hötte eingebrachte Haushalt mit den Veränderungsnachweisen ist dennoch korrekt, seriös, aber unendlich eng, was finanzielle Spielräume angeht. Wie Sie erkennen können, haben wir wichtige Themen zum Gegenstand von Anfragen gemacht und bewusst darauf verzichtet, kostentreibende oder Ressourcen der Verwaltung vergeudende Anträge zu stellen.

Ich freue mich, dass Frau Hötte das Zahlenwerk so gestalten konnte, dass dem LVR der Gang ins HSK erspart bleibt. Der LVR im HSK würde die kommunale Familie unweigerlich ins Chaos stürzen. Dies gilt es mit allen Mitteln zu verhindern!

Ich freue mich auch – und ich denke, viele von Ihnen sich mit mir –, dass bald Weihnachten ist. Dieses weihnachtliche Gefühl ließ die aktuelle Mehrheit mit ihren Anträgen schon recht früh aufkommen. Die Antragsliste der Mehrheit liest sich weniger wie eine seriöse Befassung mit dem Haushalt als wie der Wunschzettel ans Christkind.

Liebe Kollegen der Mehrheit! Ich war bislang immer davon ausgegangen, dass Haushaltplanberatungen etwas mit Inhalten, politischen Wertungen und Betrachtungen, aber unausweichlich auch immer etwas mit Zahlen zu tun hat. Sie haben 20 Anträge unter dem Titel Haushalt 2014 gestellt und es dabei geschafft, dass in keinem der 20 Anträge auch nur einmal das Eurozeichen, geschweige denn damit verbunden eine Geldsumme, erscheint. Das nenne ich schon sportlich!

(Zustimmung bei den Freien Wählern/
Deinen Freunden – Peil, Bündnis 90/
DIE GRÜNEN: NKF!)

Ich werde gleich auf einige der Anträge, insbesondere die, denen wir trotz vorgenanntem Kritikpunkt aus inhaltlichen Gründen unsere Zustimmung geben, noch im Detail eingehen. Also,

die Haushaltsanträge der Mehrheit zeichnen sich durch fehlende Zahlen und Deckungsvorschläge aus, dafür enthalten sie aber drei andere interessante Aspekte:

Erstens. Sie beinhalten einen hohen Affirmationsgrad und eine außerordentliche Memorierungsquote; heißt, sie bestätigen das, was ohnehin schon beschlossen ist, und erinnern daran, dies jetzt auch zu tun.

(Zustimmung bei den Freien
Wählern/Deinen Freunden)

Zweitens. Bei dieser Vorgehensweise muss dann unvermeidlich der völlig unberechtigte und falsche Eindruck auftauchen, die Verwaltung sei irgendwie nicht in der Lage, ja zu doof, die ohnehin beschlossenen Dinge auf die Kette zu bekommen, und bedürfe dazu der Anleitung und Erinnerung durch die Politik, hier offenbar der „Wissensmehrheit“.

Drittens. Erstens und zweitens in Kombination gebracht, löst angesichts geistiger Windstille bei der Mehrheit bei selbiger operative Hektik aus, die dann in einer Reflexreaktion oftmals zur Forderung einer „Fachtagung“ führt. Diesen „Tagungssozialismus“

(Lachen bei Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

und die damit verbundenen Kosten lehnen die Freien Wähler/Deine Freunde ab.

(Beifall bei den Freien
Wählern/Deinen Freunden)

Einige Beispiele für Anträge der Mehrheit, die völlig überflüssig sind, weil sie mindestens eines der vorbeschriebenen Kriterien erfüllen:

- Konzept Kostenübernahme zur Teilnahme an Angeboten von Förderschulen: Unterlaufen des Konnexitätsprinzips, keine Summe, kein Deckungsvorschlag
- Kompetenz im Bereich Autismus-Spektrum-Störungen stärken: Gibt es schon – ein Blick in die Q&L-Berichte hilft oftmals ungemein!
- Einarbeitungsprogramm Ärztinnen und Ärzte: Gibt es natürlich schon!
- Geschlechtsspezifische Medikation von Psychopharmaka: Wird schon durchgeführt!

(Corinna Beck, Bündnis 90/
DIE GRÜNEN: Wo denn?

- Umweltfreundliche Baumaterialien: Ist die Verwaltung dazu zu doof?
- Finanzielle Förderung von Ferienmaßnahmen für Menschen mit Behinderung inklusiv weiterentwickeln: wird ohnehin schon so gemacht!

Einige Anträge der Mehrheit – und jetzt wollen wir Sie mal ein bisschen beruhigen – stimmen mit unserer Position überein, indem Sie durchaus wichtige Themen ansprechen, dabei aber teilweise keine Aussagen zu den Kosten und ihrer Deckung machen.

Ihnen werden wir zustimmen bzw. uns in Einzelfällen aufgrund der fehlenden finanzpolitischen Seriosität enthalten:

- Rahmenvertrag NRW im Sinne der Aufgabenerfüllung der Einrichtungen verhandeln: Zustimmung
- Hilfsansprüche für Schülerinnen und Schüler mit Behinderung bekannt machen: Zustimmung
- Klimaschutz des LVR: Enthaltung
- Arbeitsangebote für Menschen mit Autismus-Spektrum-Störungen: Zustimmung
- Beschäftigungsmöglichkeiten im LVR für Werkstattbeschäftigte: Zustimmung
- KiPE, Kinder psychisch kranker Eltern: Zustimmung, da absolut wichtiges Thema.
- Förderung von Kooperationen zwischen Förderschulen, Regelschulen sowie weiteren Projektpartnern zur Unterstützung der Entwicklung eines inklusiven Schulwesens: Zustimmung
- Tagesstrukturierende Angebote für Menschen mit Behinderung weiterentwickeln: Zustimmung

Die Anträge der Linken werden wir ausnahmslos ablehnen, erlauben uns aber einen vorsorglichen Hinweis: Beim Thema der therapeutischen Versorgung in den KiTas sollten wir uns alle davor hüten, eine „Rolle rückwärts“ zu üben.

Zu den Anträgen der CDU:

- Der Weiterentwicklung der gerontopsychiatrischen Versorgung als Prüfauftrag in der Version der CDU werden wir zustimmen.
- In Anbetracht der Diskussion um die Zukunft der Förderschulen insgesamt stimmen wir dem Antrag betreffs des Sonderbauprogramms für die LVR-Förderschulen zu.
- Auch Klick-Sonar halten wir für eine prüfungswürdigen Option, das Leben von Menschen mit Beeinträchtigungen zu verbessern.
- Sinn gibt es auch, die Hilfsansprüche für Schülerinnen und Schüler mit Behinderung bekanntzumachen.
- Die Teilhabe am Arbeitsleben für Menschen mit Behinderung weiterzuentwickeln, trifft auf die ausdrückliche Unterstützung der Fraktion der Freien Wähler/Deine Freunde.
- Auch die Befassung mit der Thematik der Finanzierung der Gebärdendolmetscher gibt Sinn.

Ein Wort noch zur Archäologischen Zone:

(Zuruf: Jetzt küßt et!)

Die „Messe“ dazu hier im LVR ist politisch für die Wahlperiode gelesen. Die Mehrheit hat entschieden, die Verwaltung hat beschlussgemäß zu verfahren, der Vertrag ist rechtskräftig mit der Stadt Köln geschlossen.

Auch wenn die Freien Wähler/Deine Freunde die Beteiligung des LVR an der Archäologischen Zone und erst Recht in der geplanten Form nach wie vor für einen Fehler halten, kann dieses eine Thema keine politische Gruppierung zur Totalverweigerung auch in allen anderen wichtigen Themen unseres 3,3-Milliarden-Euro-Verbandes führen.

(Zustimmung bei den Freien
Wählern/Deinen Freunden)

Ich komme zum Schluss.

Erstens. Die Verwaltung hat mit den Änderungsnachweisen einen Haushalt vorgelegt, der durch die Senkung des Umlagesatzes die Kommunen deutlich entlastet.

Zweitens. Beim Thema „ELAG“ hat sich die Verwaltung „doppelt“ kommunalfreundlich verhalten.

Drittens. Bisher haben die Freien Wähler/Deine Freunde alle Haushalte des Landschaftsverbandes abgelehnt, weil sie die Kommunen über Gebühr belasteten und es keine politischen Mehrheiten gab, mögliche Entlastungen an die Kommunen weiterzugeben.

Viertens. Obgleich die letztendlich entscheidenden Zahlen erst spät von der Verwaltung vorgelegt werden konnten, ist erkennbar, dass die Verwaltung alles, aber wirklich alles getan hat, um einen seriösen, belastbaren Haushalt vorzulegen, den Gang ins HSK unter allen Umständen zu vermeiden und trotzdem die Kommunen zu entlasten.

Fünftens. Die Mehrheit des Hauses hat mit ihren Anträgen, die entweder aus oben angeführten Gründen ziemlicher Schrott sind und/oder keine Haushaltsrelevanz besitzen, diesem Haushalt gottlob nicht ihren Stempel aufgedrückt. Er trägt hingegen die Handschrift einer kompetenten und vorausschauend handelnden Kämmerin und ihres Teams.

(Beifall bei den Freien
Wählern/Deinen Freunden)

Die Fraktion Freie Wähler/Deine Freunde hat im Rahmen der vorherigen Etatberatungen stets deutlich gemacht, dass wir uns als Vertreter der Gebietskörperschaften, die uns in die Landschaftsversammlung gewählt haben, verstehen. Wir haben die angespannte finanzielle Situation der Kommunen stets im Blick und freuen uns daher ganz besonders über die heute von der Verwaltung vorgelegte Umlagensenkung!

Insofern freue ich mich, Ihnen hier abschließend mitteilen zu können, dass wir dem Haushalt 2014, seinen Anlagen und dem Stellenplan die Zustimmung heute geben werden.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche Ihnen allen in Politik und Verwaltung wie auch Ihren Familien ein frohes Weihnachtsfest und ein glückliches und erfolgreiches Jahr 2014. Letzterer Wunsch bezieht sich natürlich nicht auf das Kommunalwahlergebnis der politischen Wettbewerber. – Vielen Dank.

(Allgemeine Heiterkeit und Beifall)

Vorsitzender Prof. Dr. Jürgen Wilhelm: Gibt es weitere Wortmeldungen, meine Damen und Herren? – Das ist nicht der Fall.

Wir kommen zum **Tagesordnungspunkt 11.1:**

Anträge zum Haushalt

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Verwaltung hat Ihnen eine Liste der Beratungsergebnisse des Finanz- und Wirtschaftsausschusses sowie des Landschaftsausschusses zu den einzelnen Anträgen vorgelegt.

In der Sitzung des Landschaftsausschusses am 6. Dezember hatte ich vorgeschlagen, in der heutigen Sitzung der Landschaftsversammlung auf eine Einzelabstimmung über die Anträge zum Haushalt zu verzichten. Dem haben alle Anwesenden und Fraktionen zugestimmt.

Ich muss darauf hinweisen, dass die Mitglieder der Fraktion Freie Wähler/Deine Freunde im LA und im Ausschuss für Personal mit beratender Stimme vertreten sind. Aber wir haben ja alle gehört, dass Herr Kollege Rehse in seiner Haushaltsrede soeben das Verhalten der Fraktion Freie Wähler/Deine Freunde vorgetragen hat. Selbstverständlich sind diese Erklärungen zu Protokoll genommen worden.

Sie möchten sich dazu noch melden, Herr Rehse? – Bitte.

Henning Rehse (Freie Wähler/Deine Freunde): Herr Vorsitzender, ich möchte in dem Zusammenhang sagen, dass wir zu den Tagesordnungspunkten zu Protokoll geben, dass wir, da es die Detailabstimmungen nicht gibt, uns hier auf Basis des Finanzausschusses verhalten. Dann haben wir es für alle Sachen gleich und brauchen das Verfahren nicht unnötig zu verlängern.

(Beifall bei den Freien
Wählern/Deinen Freunden)

Vorsitzender Prof. Dr. Jürgen Wilhelm: Vielen Dank für diese Klarstellung.

Gibt es zu dieser Vorgehensweise, also Gesamtabstimmung über alle Anträge entsprechend der Liste, aus der ja hervorgeht, wie das Beratungsergebnis der Fraktionen im Landschaftsausschuss bzw. jetzt wie erläutert in den vorherge-

henden Ausschüssen war? Ich glaube, es ist allen Anwesenden klar, wie das laufen soll.

Dann möchte ich gerne zur Abstimmung kommen. Möchte jemand dagegen stimmen? – Sich enthalten? – Das gäbe auch keinen Sinn. Damit haben wir **einstimmig** so **beschlossen**. Denn die einzelnen Fraktionsmeinungen sind ja darin enthalten.

Tagesordnungspunkt 11.2:

Einwendungen gegen die Haushaltssatzung des Landschaftsverbandes Rheinland für das Haushaltsjahr 2014

– Vorlage Nr. 13/3288 –

Der Landschaftsausschuss hat in seiner Sitzung am 6. Dezember 2013 die Vorlage beraten und

- zu den Ziffern 1 und 2 sowie den Spiegelstrichen 2 und 4 der Ziffer 3 einstimmig,
- zu den Spiegelstrichen 1 und 3 der Ziffer 3 mehrheitlich gegen die Stimme der CDU-Fraktion

empfohlen, gemäß der Vorlage 13/3288 zu beschließen.

Wird hierzu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Wer der Vorlage 13/3288 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Fragende Zurufe)

– Ja, wie LA, auf der Basis, wie ich eben vorge-tragen habe. – Danke schön. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Sie sind auch kaum möglich.

Punkt 11.3:

Haushaltssatzung des LVR mit Haushaltsplan, Stellenplan und sonstigen Anlagen für das Haushaltsjahr 2014

– Vorlage Nr. 13/3334/1 –

Der Landschaftsausschuss hat in seiner Sitzung am 06.12.2013 die Haushaltssatzung des Landschaftsverbandes Rheinland mit Haushaltsplan, Stellenplan und sonstigen Anlagen für das Haushaltsjahr 2014 beraten und

– zur Haushaltssatzung mit Haushaltsplan mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und der Fraktion Die Linke.,

– zum Stellenplan mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU-Fraktion bei Enthaltung der Fraktion Die Linke.

empfohlen, entsprechend der Vorlage zu beschließen.

Da keine Wortmeldungen mehr gewünscht sind, kommen wir entsprechend dem vereinbarten Verfahren jetzt zur Abstimmung. Wer der Vorlage, also der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2014 mit den §§ 1 bis 7, seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. – Danke schön. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Mitglieder der CDU-Fraktion und der Fraktion Die Linke. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist mehrheitlich der Haushalt für 2014 beschlossen worden.

(Beifall bei SPD, Bündnis
90/DIE GRÜNEN und FDP)

Tagesordnungspunkt 11.4,

Wirtschaftsplanentwürfe 2014

zunächst 11.4.1:

Wirtschaftsplanentwurf 2014 LVR-InfoKom

– Vorlage Nr. 13/3183/1 –

Der Landschaftsausschuss hat am 06.12.2013 die Vorlage beraten und einstimmig empfohlen, entsprechend zu beschließen.

Gibt es hierzu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Möchte jemand dagegen stimmen? – Sich enthalten? – Das ist nicht der Fall. Dann haben wir so **beschlossen**.

Tagesordnungspunkt 11.4.2:

Wirtschaftsplanentwurf 2014 der LVR-Jugendhilfe Rheinland

– Vorlage Nr. 13/3115/1 –

Ebenfalls am 6. Dezember 2013 beraten und einstimmig empfohlen, wie die Vorlage zu beschließen.

Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Wir haben auf der Basis des LA-Beschlusses **einstimmig beschlossen**.

Tagesordnungspunkt 11.4.3:

**Wirtschaftsplanentwürfe 2014 sowie
Veränderungsnachweise zu den Wirt-
schaftsplänen 2014 des LVR-Klinik-
verbundes**

– Vorlage Nr. 13/3248 –

Auch hierüber wurde am 06.12.2013 die Vorlage im Landschaftsausschuss beraten und einstimmig empfohlen, entsprechend der Vorlage zu beschließen.

Wortmeldungen sehe ich nicht. Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist auch nicht der Fall. Dann haben wir **einstimmig so beschlossen**.

Punkt 11.4.4:

**Wirtschaftsplanentwürfe 2014 sowie
Veränderungsnachweise zu den Wirt-
schaftsplänen 2014 des LVR-Verbun-
des Heilpädagogischer Hilfen**

– Vorlage Nr. 13/3258 –

Gleiches Verfahren. Der Landschaftsausschuss hat am 06.12.2013 beraten und einstimmig empfohlen, entsprechend der Vorlage zu beschließen.

Wortmeldungen sehe ich nicht. – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist auch nicht der Fall. Dann haben wir **einstimmig so beschlossen**.

Tagesordnungspunkt 12.:

Fragen und Anfragen

Bitte schön, Sie haben das Wort. Ich möchte dazu bemerken, dass wir das Verfahren mündlicher

Anfragen an sich nicht haben. Aber bitte, hören wir erst einmal die Wortmeldung.

Dr. Susanna Schreiber (FDP): Herr Vorsitzender, ich habe etwas gebraucht, bis ich es mir fertig überlegt hatte, dass ich mich noch melde, und muss das nun natürlich als Frage formulieren. Aber es ist mir ein persönliches Anliegen, mich dazu noch zu äußern.

Wenn man spricht, ist man ja immer etwas aufgeregt, und die Wortwahl ist vielleicht nicht immer ganz perfekt. Worte sind aber verräterisch. Insofern möchte ich auf einen Beitrag kommen, der beinhaltet: Und geben Sie meinen Dank auch an die Bediensteten weiter. – Das finde ich putzig, muss ich sagen. Im LVR spricht man von Mitarbeitern; man spricht vom Team. Natürlich kann man das niemandem vorschreiben, aber unser Ansatz ist das Miteinander.

Deswegen formuliere ich die Frage für das nächste Jahr, ob man weitsichtig und großzügig auch die Mitarbeiter des LVR einbeziehen könnte. Ich hoffe für das nächste Jahr, dass das die Mehrheit hier im Saal finden wird. Und diese Frage stelle ich Ihnen. – Ich danke Ihnen.

Vorsitzender Prof. Dr. Jürgen Wilhelm: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bitte erlauben Sie mir zum Ende der Sitzung noch den Hinweis, dass es an den Ausgängen eine Weihnachtsgabe geben wird, an der Sie hoffentlich Freude haben werden. Es handelt sich um eine Fotografie der Düsseldorfer Künstlerin Katharina Sieverding, die zurzeit eine Ausstellung auf Schloss Moyland hat.

Ich wünsche Ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren, ein besinnliches Weihnachtsfest und einen guten Start ins neue Jahr.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss der Sitzung: 12.13 Uhr)